

Kleine Textsammlung

Extrem rechtes Propagandamaterial
beim „Tag der Reservisten“

Geschichtsrevisionisten im
Reservistenverband in Lüneburg

Weiterführende Informationen zu Gerd Schultze-Rhonhof, Gert
Sudholt und Claus Nordbruch



Gerd Schultze-Rhonhof

Gerd Schultze-Rhonhof (* 26.Mai 1939 in Weimar) ist ein deutscher Autor und ehemaliger Generalmajor der Bundeswehr.

Schultze-Rhonhof trat 1959 in die Bundeswehr ein und war zuletzt Generalmajor und Territorialer Befehlshaber für Niedersachsen und Bremen. 1996 wurde er in Anwesenheit des damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder aus der Bundeswehr verabschiedet. Der Generalmajor a.D. sorgte besonders 1995 für Aufsehen, als er das Bundesverfassungsgericht wegen des sogenannten "Soldaten sind Mörder"-Urteils öffentlich kritisierte und deshalb die Bundeswehr verließ. Die Zustimmung Bischof Wolfgang Hubers zum Ausschluss Martin Hohmanns aus der CDU-Bundestagsfraktion nahm er zum Anlass, aus der evangelischen Kirche auszutreten. Seit einigen Jahren tritt Rhonhof als Publizist u.a. mit Arbeiten zur Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkriegs hervor.

Obwohl Schultze-Rhonhof von der Geschichtswissenschaft fachlich nicht anerkannt wird, finden seine Thesen eine recht große Leserschaft. In rechtsextremen Publikationen wie der Deutschen Nationalzeitung wird Schultze-Rhonhof regelmäßig als Kronzeuge herangezogen. Im Mai 2006 trat Schultze-Rhonhof gemeinsam mit den Historikern Stefan Scheil und Walter Post, die umstritten sind, da sie die Präventivschlagthese vertreten, auf einer Tagung der beiden reversionistischen Verleger Wigbert Grabert und Gert Sudholt auf.

"Der Krieg, der viele Väter hatte"

In seinen Schriften zur Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkriegs vertritt Schultze-Rhonhof Positionen, die von der überwiegenden Mehrheit der Geschichtswissenschaft als abwegig beurteilt werden. Sofern seine Arbeiten von Fachautoren rezipiert worden sind, haben diese Schultze-Rhonhofs Arbeiten einer tendenziös geschichtsrevisionistischen und nicht einer objektiv wissenschaftlichen Auseinandersetzung zugeordnet. Diese Einordnung wird durch folgende Argumente gestützt:

- So geht sein 2003 erschienenes Buch "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte" davon aus, dass Hitler den Überfall auf Polen nur begangen hätte, um die „Wahrung der Menschenrechte der Volksdeutschen, [die] Wiederangliederung Danzigs und [den] Bau exterritorialer Verkehrsverbindungen nach Ostpreußen“ zu garantieren
- Eine Einordnung in das aggressiv-expansionistische Gesamtkonzept Hitlers wird nicht vorgenommen
- Dokumente, die dieses expansionistische Gesamtkonzept belegen, werden entweder verschwiegen oder wie die so genannte Hoßbach-Niederschrift in die Nähe einer alliierten Fälschung gerückt
- Überhaupt geht Schultze-Rhonhof davon aus, dass amtliche Quellenbände wie die "Akten zur deutschen und auswärtigen Politik" systematisch von den Alliierten gefälscht worden seien
- Der militärische Einmarsch in die Tschechoslowakei wird von Schultze-Rhonhof lediglich aus militärisch-strategischer Sicht als "Sündenfall" gewertet, eine Distanzierung erfolgt nicht
- Die Tschechoslowakei wird mit der wiederholten Verwendung des Terminus "Resttschechei" der damaligen nationalsozialistischen Machthaber systematisch delegitimiert
- Eine Auseinandersetzung mit den Arbeiten seriöser Historiker findet fast durchweg nicht statt oder es wird generell deutschen Historikern unterstellt, dass sie gezwungen seien, ein den Alliierten gefälliges Geschichtsbild zu vermitteln
- Als wichtigste Belege Schultze-Rhonhofs werden andere Hobbyhistoriker und Geschichtsrevisionisten wie David L. Hoggan, der ehemalige Gaupresseleiter, SS-Mann und Landserheftautor Erich Kern, das frühere Mitglied der Deutschen Reichspartei Friedrich Grimm sowie der französische Holocaust-Leugner Paul Rassinier herangezogen
- Allen genannten Autoren konnten Historiker in den letzten vierzig Jahren systematische Quellenfälschungen und Entstellungen nachweisen, so dass diese in der Geschichtswissenschaft nicht als zitierwürdig angesehen werden

http://de.wikipedia.org/wiki/Gerd_Schultze-Rhonhof

"Braucht das Vaterland noch Tapferkeit?"

Rechter Generalmajor a.D. gastiert bei Unions-"Vertriebenen"

Felix Schecke hat eine "erfreuliche Mitteilung" zu machen: General a.D. Gerd Schultze-Rhonhof kommt jetzt doch zum Vortrag nach Hannover, teilt Schecke in einem Einladungsschreiben mit. Anfang März - die Bundeswehr und ihre Rechtsradikalen waren noch in allen Medien Thema - hatte der Heeresinspekteur zwei Vorträge des Ex-Generals in Bundeswehreinrichtungen in Hannover abgesagt. Begründung: Es könne zu Äußerungen kommen, durch die die Bundeswehr in "kontroverse politische Diskussionen" hineingezogen werde. Felix Schecke und seine Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU - Union der

Vertriebenen und Flüchtlinge (OMV) haben keine Angst vor solchen unbedachten Äußerungen. Sie treibt eine andere Frage um: "Braucht das Vaterland noch Tapferkeit?" Unter diesem Titel lädt der regionale Verband der OMV und sein Vorsitzender Schecke für den 28. April in den Gasthof Dehne in Isernhagen bei Hannover ein.

Schultze-Rhonhof ist Spezialist für diese vaterländischen Sorgen. Der Generalmajor, der 1996 aus Protest gegen die Wehrpflichtzeitverkürzung um seine vorzeitige Entlassung aus dem "aktiven Dienst" nachsuchte, ist stolzer Träger des Ehrenkreuzes der Bundeswehr in Gold und des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Bis zum Befehlshaber und Kommandeur des Wehrbereichskommandos II / 1. Panzerdivision mit Sitz in der Kurt-Schumacher-Kaserne Hannover hatte er es gebracht. Vorher war er unter anderem als Hilfsreferent im Bundesverteidigungsministerium, als Oberstleutnant der Heeresgruppe Nord der Nato in Mitteleuropa und als Dozent und Lehrgangsführer an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg eingesetzt.

Schultze-Rhonhofs jüngstes Buch trägt den Titel: "Wozu noch tapfer sein?" Dort schreibt er zum Beispiel über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Verwendung des Tucholsky-Zitates "Soldaten sind Mörder": "Die Bundesrepublik, vertreten durch das Bundesverfassungsgericht, hat ihre Treuepflicht gegenüber den Soldaten verletzt und damit das auf Gegenseitigkeit beruhende Treue- und Eidverhältnis zu den Soldaten von sich aus aufgelöst." Schultze-Rhonhofs Buch enthalte "klare Anmerkungen zum Umgang mit dem Soldatischen in der Öffentlichkeit", stellt Dieter Stein, Chefredakteur der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung Junge Freiheit, erfreut fest. Und die "Stimme" dieses Soldaten, so Stein, sei "gefragt" - gerade auch in Steins Zeitung: Anfang Januar gab Schultze-Rhonhof der Jungen Freiheit ein zweiseitiges Interview. Nebenbei erklärte er dort, die Wehrmacht habe "ihre guten und ihre schlechten Seiten" gehabt. Und weil die JF nicht irgendein Provinzblättchen, sondern eines der zentralen Periodika der extremen Rechten ist, fand Schultze-Rhonhofs Antritt zum Interview auch Erwähnung in den "Tagesthemen". In Folge des "Tagesthemen"-Berichtes verbot der Heeresinspekteur Helmut Willmann dann die Auftritte des pensionierten Militärs in Hannover.

Schultze-Rhonhof, der die "konservative Auffassung" vertritt, daß "der Offizier, der Beamte und der Richter zuerst dem Lande gegenüber verpflichtet ist", sorgt sich auch im Ruhestand weiter um das Ansehen der deutschen Armeen. Die Bundeswehrführung habe nicht erkannt, "daß die Aktion 'Wehrmachtsausstellung' im Grunde gegen das deutsche Soldatentum an sich gerichtet ist". Weil zahlreiche rechtsextreme "Einzelfälle" in der Bundeswehr in der Presse "fast zeitgleich lanciert" worden seien, glaubt Schultze-Rhonhof, "daß es eine gezielte Aktion von irgend jemand ist, der über Jahre hinweg 'Munition' gesammelt hat und sie nun abschießt".

Neben solchen Verschwörungstheorien hat der Ex-Generalmajor auch Aufklärung über die demokratischen Traditionen der Bundeswehr im Programm: "Wir haben als Bundeswehr sehr viel aus der Wehrmacht übernommen. Wir sind von Wehrmachtsoffizieren aufgebaut worden. Die Dinge, die wir übernommen haben, sind vor allem die nicht sichtbaren - taktische Vorstellungen, technische Vorstellungen, unser Wehrrecht, die Auftragstaktik und das Prinzip des Primats der Politik."

Aufklärung hat auch Felix Schecke in seiner Einladung zu bieten - Aufklärung in Geographie. Alle Interessierten weist er auf "Reisen nach Ostdeutschland" hin. Nach "West und Süd-Ostprien" sollen diese führen, um sich dort mit Vertretern der "deutschen Minderheit" zu treffen. Für den Herbst schlägt Schecke dann noch eine Reise mit dem Bund der Vertriebenen nach "Nord-Ostprien" vor, um dort deutsche Soldatenfriedhöfe einzuweihen.

Samuel Salzborn
Jungle World 22. April 1998

«Frankfurter Tafelrunde»

Frankfurt /Main. Seit ihrer Gründung im Jahre 1953 trifft sich in einer Frankfurter Jugendstilvilla die Frankfurter «Tafelrunde». Als «Kreis von Herren» gegründet, «die sich zur Fortbildung auf vielen Wissensgebieten und zur Pflege der Geselligkeit zusammengefunden haben», bekennt sich der elitäre Kreis in seinen Grundsätzen «zum Begriff des gebildeten Abendländers, der den Wert der guten Erziehung, der inneren Vornehmheit und des Herzenstaktes zu schätzen weiß» und wendet sich gegen «Vermassungstendenzen zumindest im eigenen Kreis».

Die zumeist über 50 Teilnehmer der «Tafelrunde» lauschen nach dem Abendessen in «gepflegter Kleidung» den geladenen Referenten, weiß das «Ostprienblatt» (2/01) zu berichten. Das waren in den vergangenen Jahren u.a. der Bonner Experte in Sachen Anti-Antifa, Prof. Hans-Helmuth Knütter, der neurechte Publizist Karlheinz Weißmann, der Generalmajor a.D., Gerd Schultze-Rhonhof, Prof. Bernd Rütters, Träger des Hans-Martin-Schleyer-Preises, der ehemalige Moderator des «ZDF-Magazins», Gerhard Löwenthal und der Bevölkerungspolitiker Prof. Josef Schmid. Das diesjährige Kalenderjahr der «Tafelrunde» wird von der FPÖ-Vorsitzenden Susanne Riess-Passer, zugleich österreichische Vizekanzlerin, eröffnet. Organe der «Tafelrunde», die von Oktober bis Mai jeweils am letzten Freitag des Monats zusammentrifft, sind die Gesamtheit der Mitglieder, der Senat und der Vorstand. Vorstandsvorsitzender ist derzeit der langjährige Frankfurter CDU-Funktionär Dr. Wolfgang Bodenstedt. Bodenstedt ist Autor in der Zeitschrift «Criticon» und schrieb wiederholt Leserbriefe in der rechten Wochenzeitung «Junge Freiheit». Mitglied der elitären Runde kann werden, wer über einen längeren Zeitraum an den Veranstaltungen teilgenommen hat und vom Vorstand eine Mitgliedschaft angetragen bekommt.

Neben der «Frankfurter Tafelrunde» existiert in München auch noch die «Winterakademie» der Regina Freifrau von Schrenck-Notzing. Diese gehörte zeitweise dem Bundesvorstand des «Bund Freier Bürger» (BFB) an und ist mit Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing verheiratet, dem ehemaligen Herausgeber der Zeitschrift «Criticon».

Im Generalsblick

Abstruses zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs

Gerd Schultze-Rhonhof: 1939. Der Krieg, der viele Väter hatte. Der lange Anlauf zum Zweiten Weltkrieg. Olzog Verlag, München 2003. 565 Seiten, 34,- [Euro].

Mit dem Ende des "Dritten Reiches" kamen die Legenden. Eine davon lautete: Nicht allein Deutschland oder Hitler seien es gewesen, welche die Welt in einen neuen Krieg gestürzt hätten. Die Schuld am großen Weltenbrand hätten sich viele Staaten und Politiker zu teilen; deren Verantwortung sei vielleicht noch größer als die deutsche. Diese Lüge hatte System: Kein Schritt Hitlers war so verhängnisvoll wie seine Entfesselung des Zweiten Weltkriegs. Auch war es erst dieser Krieg, der viele Radikalisierungsschübe des nationalsozialistischen Regimes ermöglichte.

Der Titel des Wälzers läßt aufhorchen: "Der Krieg, der viele Väter hatte". Ungewöhnlich ist auch der Beruf des Verfassers, den der Klappentext als pensionierten Bundeswehr-Generalmajor ausweist. Nun wäre es fatal, die Geschichtsschreibung allein den Historikern zu überlassen. Gleichwohl läßt das deren Darstellungen nicht überflüssig werden. Gerd Schultze-Rhonhof hingegen gibt frank und frei zu, er erhebe gar nicht den Anspruch, "die Tausende von Büchern gelesen und verarbeitet zu haben, die zum Thema meines Buchs bereits geschrieben worden sind". Dabei hätten doch schon wenige genügt! Denn bei der Genese des Zweiten Weltkriegs handelt es sich um ein Thema, das gut erforscht ist. Trotzdem sucht man selbst die Namen der wichtigsten Autoren in einem Literaturverzeichnis von etwas über neun Seiten vergebens. Anstelle eines Hermann Graml, Walther Hofer, Klaus Hildebrand oder Andreas Hillgruber finden sich etwa der "dtv-Atlas zur Weltgeschichte", ein Schulbuch für Gymnasien, das Werk von Urs Schwarz mit dem Titel "Strategie - Gestern, heute, morgen" und politisch höchst bedenkliche Traktate von David Hoggan und Erich Kern.

Überraschend ist das Eingeständnis des Autors, es sei für ihn "verwirrend" gewesen, "daß die erste Geschichtsschreibung nach dem Kriege unter gesetzlichen Auflagen erarbeitet worden" sei: "Dadurch waren der subjektiven Sicht der Siegermächte Tür und Tor geöffnet und die besiegten Deutschen per Gerichtsbeschluß verpflichtet, diese Sicht zu übernehmen." Worauf zielen diese dunklen Andeutungen? Konnte sich die Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik nicht frei entfalten? Aber nicht nur die Forschung ist dem Autor verdächtig, sondern auch so renommierte Editionen wie die "Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918 bis 1945", die "zu Gunsten der Sieger ausgewählt und auch ‚gewaschen‘ worden" seien.

Es liegt nahe, daß sich auf der Basis einer solch aparten Mischung aus Unkenntnis, Voreingenommenheit und Ignoranz das Anliegen des Autors kaum einlösen läßt: "die Geschichte, die zum Zweiten Weltkrieg führt, in begreifbare Zusammenhänge zu stellen und sie gut lesbar zu erzählen" - ein Vorhaben, mit dem er "besonders jüngeren Lesern" helfen will. Schon die Gliederung seiner Arbeit ist abstrus und einseitig: Erst werden umständlich Vorgeschichte und Ergebnis des Ersten Weltkriegs ausgebreitet, dann die territorialen Zuwächse des Deutschen Reichs zwischen 1935 und 1939 und schließlich die internationale Rüstungspolitik bis 1939. Hitlers Ideologie und die unmittelbare Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs sind erst danach ein Thema. Die Absicht einer solch selektiven Komposition liegt auf der Hand: Daß es der internationalen Politik in einem komplizierten dialektischen Prozeß schon vor 1933 gelang, zentrale Bestimmungen des Versailler Vertrags zu revidieren, wird ebenso unterschlagen wie die Tatsache, daß die deutsche Rüstungspolitik mehr wollte als nur den Gleichstand mit den - zweifellos - hochgerüsteten Nachbarn. Versailles, so lautet die Botschaft, sei das Grundübel. Hitlers Wille zum Krieg scheint dahinter zu verblassen. "Mein Kampf"? Davon habe sich Hitler ab 1930 distanziert. Seine Reden? Voll von Friedensbeteuerungen. Die Hoßbach-Aufzeichnung über Hitlers geheime Ansprache vom November 1937? Möglicherweise doch eine Fälschung.

Schultze-Rhonhofs dürre Bilanz stellt die Ergebnisse der seriösen Forschung auf den Kopf. Als die eigentlich Schuldigen am Zweiten Weltkrieg erscheinen hier Frankreich und Großbritannien. Gerade die Briten hätten alles unternommen, um Deutschland zu schwächen, bis dieses "unter Hitler ab 1936 anfängt, die aufgezählten Fragen eine nach der anderen selbst zu lösen": "Mit der Annexion der Rest-Tschechei ist Hitler dann zu weit gegangen . . . Kurz nach dem deutschen Einmarsch in die Rest-Tschechei fängt England an, den nächsten Weltkrieg einzufädeln." Das ist nicht die einzige Entgleisung. Im Grunde sind Interpretationen wie diese auch nicht neu. Sie folgen alten Spuren, die weniger im Bereich der Forschung als in dem von Ideologie und Propaganda angesiedelt sind. Neu ist dagegen, daß sie von einem ehemals führenden Offizier der Bundeswehr öffentlich vertreten werden.

CHRISTIAN HARTMANN

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.2003, Nr. 275 / Seite 8

„1939 – Der Krieg der viele Väter hatte“ von Gerd Schultze-Rhonhof

Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude), Generalmajor a.D., stellt in seinem revisionistischen Buch „1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte“ Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (!) für hunderttausende Juden aus Polen dar. Er behauptet (Zitate): „... daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen...“ und „...strömen 557.000 polnische Juden von Ost nach West, um in Deutschland den Verfolgungen in Polen zu entkommen.“ Er schreibt über die Pogromnacht am 9. November 1938 lediglich: „... brennen in Deutschland Hunderte von Synagogen. Jüdische Geschäfte werden zerstört, selbst Wohnungen geplündert.“ Keinerlei Erwähnung findet bei Schultze-Rhonhof der Mord an vielen Juden in dieser Nacht und die Verhaftung und Verschleppung von mehr als 20.000 Juden in Konzentrationslager. Unter der Überschrift: „Der Stoff, aus dem die Mythen sind“ schreibt DIE WELT am 20.11.2003: „Mindestens so verbreitet wie diese direkt antisemitischen Geschichtsmythen sind in rechtsextremistischen Kreisen Behauptungen, Hitler habe den Zweiten Weltkrieg nicht aus eigenen Willen begonnen, sondern sei gewissermaßen in den Krieg 'gezwungen' worden. Der ehemalige Bundeswehrgeneral Gerd Schultze-Rhonhof zum Beispiel macht in seinem jetzt in zweiter Auflage erschienenen Band „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ gleich sechs Staaten für den deutschen Angriff auf Polen verantwortlich. Zentral ist auch hier wieder die 'Widerlegung' der (echten) Hoßbach-Niederschrift von November 1937, einem wichtigen Beweisstück im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozess.

Es ist nicht verwunderlich, dass Schultze-Rhonhof auch einschlägige Unterstützer findet: Der Kameradenverband des ehemaligen 1. SS-Panzerkorps lädt ihn Ende April 2003 als Festredner zu einer konspirativ durchgeführten Veranstaltung und lässt ihn die Kernaussagen seines Buches vorstellen. Der Buxtehuder Unternehmer Quade lädt ausgesuchte Gäste am 23.06.2003 zu einem Gesprächabend mit Schultze-Rhonhof. Das STADER TAGEBLATT titelt später über diesen Abend: "Vergiftet: Die deutsche Seele Generalmajor a. D. stellt sein Buch vor und fordert eine neue Sicht auf die Geschichte". Der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD, Adolf Dammann aus Buxtehude-Neukloster, macht eine wohlwollende Buchempfehlung im Niedersachsenspiegel der NPD. "Begeisterten Beifall" erhält Schultze-Rhonhof auch nach einem Vortrag am 10.10.2003 in Berlin bei der reaktionären Deutschen Partei. Die Deutsche Partei hat für diesen Vortrag u.a. beim Pressefest des NPD-nahen Deutschen Stimme Verlages erworben.

Gerd Schultze-Rhonhof ist Mitgründer der rechtslastigen „Arbeitsgemeinschaft 'Stimme der Mehrheit' und steht dem rechtsextremen Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen nahe. Er ist regelmäßiger Autor und Interviewpartner der „Jungen Freiheit“. Eine überregionale Beachtung fand er dadurch, dass er das Bundesverfassungsgericht nach dem Soldaten-sind-Mörder-Urteil mit dem Volksgerichtshof der Nazis verglich. Gerd Schultze-Rhonhof äußerte sich 1998 in einem Interview mit der „DMZ“ im Sinne einer Volksgemeinschaftsideologie: „Man muß sich als Gemeinschaft fühlen, sonst steht man nicht mehr füreinander ein. Die empfundene Gemeinschaft ist die des eigenen Volkes. Entfernter liegende Völker, selbst innerhalb Europas, erzeugen für uns nicht das Wir-Gefühl“.

Michael Quelle, Dezember 2003
www.stade.vvn-bda.de

Opa war ein Friedensheld

Das Buch ist eigentlich nicht der Rede wert. Aus zweitrangigen und obskuren Quellen, bei fast völliger Mißachtung der historischen Forschung, stückelt der Autor sein Opus zusammen, das eine abenteuerliche These belegen soll: Hitler habe den Zweiten Weltkrieg nicht aus eigenem Interesse angefangen, sondern seine späteren Gegner hätten ihn geradezu gedrängt, den Überfall auf den Gleiwitzer Sender zu inszenieren. Doch dieses Buch, nicht in einem als rechtsextremistisch verrufenen Verlag erschienen (Olzog, München), geht in die zweite Auflage, und der Autor wird von Veranstaltung zu Veranstaltung gereicht, wo er ein dankbares Publikum findet. Nein, nicht nur dankbar ist das Publikum, sondern auch streitbar. Wirft jemand dem Autor vor, seine These sei wissenschaftlich nicht haltbar, springt es ihm eifrig bei und schreibt schier haufenweise Leserbriefe. So kürzlich in Rotenburg an der Wümme, wo die Debatte um einen Vortrag des Generalmajors a. D. Gerd Schultze-Rhonhof bei einer Heimatvertriebenen-Tagung sogar den Kreistag erreichte.

Ein Serientäter. Erstmals erregte er Aufsehen, als er noch bei der Bundeswehr aktiv war. Damals verglich er das Bundesverfassungsgericht mit dem Volksgerichtshof, weil die Karlsruher Richter den Tucholsky-Satz »Soldaten sind Mörder« unter den Schutz der Meinungsfreiheit gestellt hatten. Der damalige Verteidigungsminister Volker Rühle gab ihm daraufhin den Abschied.

Das Buch machte solche Furore, daß sogar die Frankfurter Allgemeine Zeitung Anlaß sah, es zu rezensieren und zu verreißen. Die Welt schrieb in einem Abriß über neuere geschichtsrevisionistische Literatur, mindestens so verbreitet wie direkt antisemitische Geschichtsmythen seien in rechtsextremistischen Kreisen Behauptungen, Hitler sei gewissermaßen in den Krieg »gezwungen« worden. Der ehemalige Bundeswehrgeneral Schultze-Rhonhof zum Beispiel mache in seinem Band »1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte« gleich sechs Staaten für den deutschen Angriff auf Polen verantwortlich.

Tatsächlich bastelt der Ex-General aber auch an antisemitischen Mythen. So behauptet er, in den Jahren von 1933 bis 1938 hätten »557 000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland« gesucht; und er wiederholt: Es »strömen 557 000 polnische Juden von Ost nach West, um in Deutschland den Verfolgungen in Polen zu entkommen.« Nazi-Deutschland als Zufluchtsort für Juden – damit kommt Schultze-Rhonhof nicht nur bei einem Treffen des Kameradenverbands des ehemaligen 1. SS-Panzer-korps gut an, sondern erhält konsequenterweise auch Beifall von der NPD, die das Buch in ihrer Mitgliederzeitung Deutsche Stimme wohlwollend besprach. Schultze-Rhonhof ist übrigens Mitgründer der »Arbeitsgemeinschaft ›Stimme der Mehrheit«, der auch Martin Hohmann angehört, und als Interviewpartner bei der Jungen Freiheit beliebt.

Mögen auch Schultze-Rhonhof und seine Verteidiger für ihre Versuche der Geschichtsklitterung die grundgesetzlich und höchstrichterlich verbürgte Meinungsfreiheit für sich in Anspruch nehmen, diese Toleranz kann nicht mehr gelten, wenn derlei Fälschungen zur offiziellen Politik einer Stadt werden. So geschehen unter seiner tätigen Mitwirkung an Schultze-Rhonhofs Wohnort Buxtehude. Während man in Berlin mit den Bauarbeiten für das Holocaust-Mahnmal begann, wurde am ehemaligen Arbeitsplatz des Ex-Generals, der 1994 aufgelösten Estetalkaserne, ein Gedenkstein für Kriegsverbrecher aufgestellt, der an ein Ereignis erinnern soll, das womöglich nie stattgefunden hat. Am 22. April 1945 nahm die britische Armee Buxtehude ein. Die genauen Vorgänge sind nicht geklärt. In der Stadt kursiert die Legende, es habe sich um eine »kampflose Übergabe« gehandelt. Bereits anno 2000 beschloß der Stadtrat die Aufstellung eines Mals, das auf einem neu benannten Friedensplatz an die Friedensliebe der Wehrmachtsoffiziere der letzten Stunde erinnern soll. Eine historische Dokumentation war nie vorgesehen, denn dann hätte man die vorliegenden Quellen kritisch würdigen und sich um naheliegende neue bemühen müssen.

Was man hat, sind drei schriftliche Zeitzeugenberichte, Darstellungen zweier Militärs und des NS-Bürgermeisters. Zwei Berichte entstanden 1953, als man im Rathaus offenbar schon einmal daran dachte, das Ereignis zu würdigen – und Abstand davon nahm. Genaue Hintergründe, wie es zu den Berichten kam und weshalb man sie damals abfragte, wurden nicht geklärt. Man machte auch keine Anstalten, nach britischen Quellen zu suchen. Dann hätte man erfahren, daß bei der »kampflosen Übergabe« die Kinder einer Hitlerjugend-Einheit in Stellung gebracht worden waren. Der dritte Bericht ging 1988 unaufgefordert im Rathaus ein. In dieser Darstellung ist ausdrücklich von Kampfhandlungen die Rede.

Der Stadtrat – alle politischen Parteien ohne zu rühmende Ausnahme – weiß schon auf die simpelsten Fragen nach dem Hergang keine Antwort. Wer hatte das Kommando in der Kaserne? In der einen Version ist es Konteradmiral Siegfried Engel, in der anderen Kapitän zur See Alexander Magnus. Wer auch immer es war, Kriegsverbrecher waren beide. Engel ist verantwortlich für mindestens 54 Todesurteile gegen vermeintliche Deserteure in Wilhelmshaven. Noch am 27. April 1945, nachdem er in Buxtehude längst die Waffen gestreckt hatte, wurde in Wilhelmshaven der 30jährige Matrose Heinrich Schoon erschossen – wegen Fahnenflucht. Das Urteil hatte am 16. März ein Marinegericht unter Engels Vorsitz gefällt. Alexander Magnus war an Geislerschießungen und der Deportation von Juden in Griechenland beteiligt.

Der Gedenkstein war schon feierlich enthüllt, als das Rathaus einen halben Rückzieher machte. Journalisten hatten recherchiert, was die Stadtverwaltung zu überprüfen für überflüssig hielt. Die Plakette, auf der Engel und Magnus namentlich erwähnt waren, wurde abmontiert. Inzwischen bekräftigte das Rathaus jedoch den Willen zum Gedenken. Das sagenhafte Ereignis selbst soll weiterhin unerforscht bleiben. Wenn die historischen Tatsachen der Beliebigkeit ausgeliefert sind, kann die NS-Epoche willkürlich umgedeutet werden: Hitler hat den Krieg nicht angefangen, und die Offiziere, die ihn fast sechs Jahre lang führten, waren in Wahrheit friedliebend. »Opa war kein Mörder« skandieren die Neonazis. So ist es, pflichten ihnen der Ex-General und der Stadtrat von Buxtehude bei: Opa war ein Friedensheld.

Uwe Ruprecht
Ossietzky 8/2004
www.sopos.org/ossietzky/

Clausewitz-Gesellschaft lud Rechtsextremist ein

VVN-BdA brachte Veranstaltungspläne von Strucks grauen Eminenzen durcheinander

Der rechtsextreme General a.D. Schultze-Rhonhoff wurde kürzlich bei seinen Bemühungen gestoppt, bei der Clausewitz-Gesellschaft in Ulm einen Vortrag zu halten, um den Bundeswehroffizieren seine geschichtsrevisionistischen Thesen zu vermitteln. Die VVN-BdA erfuhr davon und erhob öffentlichen Protest. Daraufhin wurde der Vortrag abgesagt. Der Präsident der Gesellschaft, General a.D. und einstiger Kosovo-Kommandeur Klaus Reinhardt, hatte, offenbar weil die Sache öffentlich ruchbar wurde, den rechten General a.D. eingeladen.

Der hohe Ex-Bundeswehrgeneral Gerd Schultze-Rhonhoff, rechtsextremistischer Propagandist, hatte ein Buch mit dem bezeichnenden Titel »1939 - Der Krieg der viele Väter hatte« (München 2003) vorgelegt, um die Kriegsschuld Deutschlands und seiner Militärs zu verwischen. Er schreibt: Die »Hoßbach-Niederschrift« des Hitler-Adjutanten mit genauen aggressiven Kriegsplänen aus dem Jahre 1937 sei möglicherweise doch eine Fälschung (lt. Rezension in FAZ, 26.11.03). Der Ex-General: »Kurz nach dem deutschen Einmarsch in die Rest-Tschechei fängt England an, den nächsten Weltkrieg einzufädeln.« Dass nun England und nicht die Sowjetunion - über die durfte man derartiges sagen und schreiben - den Krieg ausgelöst haben soll, das ging nun einigen hohen Militärs zu weit.

In einem Schreiben der Obersten a.D. Eisenkeil, Hammel, Masch und Zwicknagl an die Gremien der Clausewitz-Gesellschaft vom 4. August 2004, das uns vorliegt, beklagen nun diese Offiziere, dass der Forderung der VVN-BdA stattgegeben wurde. Sie

verlangen, die Clausewitz-Gesellschaft soll am «gleichrangigen geistigen Austausch» mit dem Ministerium festhalten und nicht «in der bedingungslosen, gehorsamen Zuarbeit» verharren. Das bisherige «Niveau» der Zusammenarbeit von Clausewitz-Gesellschaft und Verteidigungsministerium müsse beibehalten werden.

Dieses «Niveau», das die Obersten in Gefahr sehen, bestand stets in einem starken Einfluss auf alle Entscheidungen des Ministeriums und der Bundeswehr. Während Gesellschaftspräsident Reinhardt den Einfluss bewahren möchte, wollen andere Offiziere nun auch einen immer direkteren Einfluss von Rechtsextremisten auf das Ministerium und zwar via Clausewitz-Gesellschaft und auch mit Hilfe solcher Leute wie Schultze-Ronhoff erreichen.

In Ulrich Sanders neuem Buch «Die Macht im Hintergrund», Papyrossa Köln 2004, über die Macht und die politischen und gesellschaftlichen Konzepte des Militärs gestern, heute und morgen wird über die Clausewitzgesellschaft ausgeführt: «Diese Clausewitz-Gesellschaft verfügt über die engsten Verbindungen in die zentralen Schaltstellen des Militärs hinein, ja sie ist sogar teilweise mit diesen identisch. Es gibt keine personelle und strategische Entscheidung der Bundeswehr, die nicht in diesem elitären Kreis vorbereitet wird.»

Eine Biographie verweist besonders auf den langen Arm der Wehrmachtsführung von einst bis in die Bundeswehrspitze von heute. Denn Ehrenpräsident der Clausewitz-Gesellschaft ist heute der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr und einstige hohe Wehrmachtsoffizier Ulrich de Maizière. Ulrich de Maizière war als Oberstleutnant Erster Generalstabsoffizier der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres, der noch in den letzten Kriegstagen unter Hitlers Treuten im «Führerbunker» weilte und von dort zur Mitarbeit bei der Regierung des Hitler-Nachfolgers Dönitz nach Schleswig-Holstein entsandt wurde. Nach 1945 gehörte er zu den ersten Wehrmachtsoffizieren, die am Aufbau der Bundeswehr mitwirkten, wo er dann Generalinspekteur wurde. In der «Wehrwissenschaftlichen Rundschau» Nr. 3/64 rühmte de Maizière einst das «ständige deutsche Drängen», das «die in Verwirklichung stehende «Vorwärtsverteidigung»» der NATO und die Einflussnahme der Bundeswehr «auf Planung und Auslösung des A-Waffeneinsatzes» erreicht habe. Bis 1980 leitete er die Clausewitz-Gesellschaft als Präsident, jetzt ist er sehr aktiver Ehrenpräsident.

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 21 / 2004
www.antifaschistische-nachrichten.de

Politischer Standort 2004: Rechtsaußen

Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof war gefragter Referent

Buxtehude - Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof hat im Frühjahr 2003 sein geschichtsrevisionistisches Buch: »1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte« veröffentlicht. In diesem in zweiter Auflage erschienenen Buch stellt er Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (!) für hundertausende Juden aus Polen dar. Er behauptet: »...daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen ...«.

»Im Generalsblick - Abstruses zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges« heißt es am 26. November 2003 in der FAZ über Schultze-Rhonhofs Buch. Die FAZ stellt über das Buch fest: »Schultze-Rhonhofs dürre Bilanz stellt die Ergebnisse der seriösen Forschung auf den Kopf. ...Im Grunde sind Interpretationen wie diese nicht neu. Sie folgen alten Spuren, die weniger im Bereich der Forschung als in dem von Ideologie und Propaganda angesiedelt sind. Neu ist dagegen, daß sie von einem ehemals führenden Offizier der Bundeswehr öffentlich vertreten werden.«

Die rechtsextremistische Presse war allerdings voll des Lobes über Schultze-Rhonhofs Buch. Die NPD-Zeitung Deutsche Stimme hatte es im März 2004 bei ihren aktuellen Empfehlungen: »Eine Neudarstellung der Kriegsschuldfrage auf hohem Niveau. Der frühere Generalmajor der Bundeswehr kann auf deutscher Seite keine konkrete Kriegsplanung erkennen, dafür aber langjährige Kriegsziele des Auslands, die 1939 die Lage zum Eskalieren brachten. Ein Grundlagenwerk, gut zur Einarbeitung in die Materie geeignet.«

Schultze-Rhonhof war 2004 gefragter Referent bei einer Vielzahl von reaktionären und revanchistischen Veranstaltungen und gerngesehener Gast bei einschlägigen Veranstaltungen. Es regte sich aber auch Widerstand gegen seine Auftritte und er wurde von renommierten, bundeswehnnahen Veranstaltungen ausgeladen.

Im reaktionären Milieu

Schultze-Rhonhof war Referent am 18. Januar 2004 beim »Reichsgründungskommers« der Hamburger Burschenschaft Germania, die dem rechtsextremen Flügel der deutschen Burschenschaft zuzurechnen ist.

Nach einem Vortrag beim Convent Aachener Burschenschaften am 23. Januar 2004 schreibt die Brünner Burschenschaft Libertas zu Aachen auf ihrer Internetseite: »Die Frage, die zur Entstehung des Buches führte, haben sich sicher schon viele gestellt. Die Entscheidung dieser Frage in einem Buch nachzugehen haben nur wenige getroffen und so faszinierend umgesetzt. ... Wir bedanken uns bei unserem Referenten für die Ausgestaltung des Abends und empfehlen dem interessierten Leser sein jüngstes Werk: "Der Krieg der viele Väter hatte"«.

Am 18. Februar 2004 folgte eine Einladung bei der Preußischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V.

Einen neuen Veranstaltungsort musste sich jedoch die »Unabhängige Bürgergemeinschaft Achim-Verden« am 18. März 2004 suchen, damit Schultze-Rhonhof seine »...zweifelhafte, gefährliche Botschaft ... unters nationalkonservative bis nationalistische Volk« (Achimer Kreisblatt) bringen konnte. Der geplante Veranstaltungsraum wurde der »Bürgergemeinschaft« kurzfristig gekündigt.

»Ich fühle mich als Nachkriegssoldat sehr geehrt, daß ich vor den letzten noch Lebenden einer Elite der Wehrmacht und der Waffen-SS sprechen darf.« schmeichelte Schultze-Rhonhof in seiner Festrede am 16. Oktober 2004 in Hameln zur 50-Jahrfeier der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger. »Ich verneige mich vor Ihrer Lebensleistung« verkündete er pathetisch am Ende seiner Rede.

Am 9. November 2004 hatte er dann noch Gelegenheit seine Thesen in Österreich beim Freiheitlichen Akademikerverband in Salzburg vorzustellen.

Proteste, Ausladungen und Rücktritte

Einen »Maulkorb für den General« (Junge Freiheit) gab es am 25. Februar 2004 in Rendsburg. Die »Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik« Sektion Rendsburg hatte Schultze-Rhonhof zu einem Vortrag eingeladen, musste aber nach Anweisung des Landesvorsitzenden der Gesellschaft den Referenten absagen. Der einladende Sektionsleiter ist daraufhin von seinem Amt zurückgetreten.

Proteste und kommunalpolitische Diskussionen löste der Auftritt des Generalmajor a.D. bei der 46. heimatpolitischen Arbeitstagung der Kreisgemeinschaft Angerburg am 29. Februar 2004 in Rotenburg/Wümme aus.

Eine Lokalzeitung hatte sich im Vorfeld der Tagung kritisch mit Schultze-Rhonhofs Aussagen und seinen diversen Auftritten bei reaktionären Verbänden beschäftigt. Eine Missbilligung des Auftritts, wie von SPD und Grünen gefordert, scheiterte im Kreistag von Rotenburg/Wümme an der Mehrheit der CDU/FDP-Fraktion.

Eine Ausladung erhielt der Generalmajor a.D. im Sommer von der Clausewitz-Gesellschaft. Der Regionalkreis Südwest hatte ihn am 5. Juli 2004 zu einem Vortrag in das Hotel und Rathaus Seligweiler eingeladen. Er sollte dort eine politische Bewertung zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geben. Die VVN-BdA protestierte beim Vorstand der Clausewitz-Gesellschaft gegen den Auftritt. Der Vorstand der Gesellschaft setzte eine Absage des Vortrages durch, was zum Rücktritt des Regionalkreisleiters führte. Der Vortrag wurde dann privat von Mitgliedern der Gesellschaft organisiert. Am 4. August 2004 wanden sich vier Oberste a.D. an den Vorstand und den Beirat der Clausewitz-Gesellschaft und beklagten sich darüber, dass dem Ansinnen der VVN-BdA nachgegeben und der Vortrag untersagt wurde.

Verschwörungsphantasien

Am 8. Mai 2004 trafen sich über 200 geladene Gäste beim Frühjahrssymposium der »Stimme der Mehrheit - Arbeitsgemeinschaft Freie Publizisten, Schriftsteller und Wissenschaftler« im Fuldaer Maritim Hotel. In der nichtöffentlichen Veranstaltung referierte ausgewählte Prominenz der deutschen Rechten über: »Meinungsfreiheit in Deutschland - Grundrecht oder Farce?« Die Presse war ausdrücklich nicht erwünscht, da eine »freie Diskussion« sonst nicht möglich sei, wie einer der Veranstalter zur Eröffnung erklärte.

Schultze-Rhonhof, er wurde bei Gründung der »Stimme der Mehrheit« im Jahre 1997 ins Präsidium gewählt, durfte sich auf der Veranstaltung als Opfer der political correctness darstellen. Immer wieder würden Antifas seine Vorträge stören, und im Internet laufe eine wahre Verleumdungskampagne gegen ihn. Die dort zusammengestellten Informationen könnten nur, so sein Verdacht, aus abgehörten Telefonaten oder heimlich geöffneten Briefen stammen. In bester verschwörungstheoretischer Manier bezichtigte er ein nicht näher bezeichnetes »Landesamt« der deutschen Geheimdienste der Kooperation mit Antifas.

Die Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania hat Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof zum »Treffpunkt Friedensengel« eingeladen. Er hält dort am 15.02.2005 einen Vortrag mit dem Titel: »1939 - Der Krieg der viele Väter hatte«.

Michael Quelle, Januar 2005
www.stade.vvn-bda.de

Ex-General in der »DNZ«

Buxtehude. Der 1996 nach öffentlicher Kritik u.a. am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen »Soldaten sind Mörder« in den einstweiligen Ruhestand versetzte Generalmajor der Bundeswehr, Gerd Schultze-Rhonhof, hat der »Deutschen National-Zeitung« des DVU-Chefs Gerhard Frey ein Interview gegeben. Dort nimmt er u.a. Stellung zu seinem in dritter Auflage erschienenen Buch »1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte«, in dem er die Schuld Nazi-Deutschlands am 2. Weltkrieg relativiert. Bereits nach einem kürzlich in der »Jungen Freiheit« geführten Interview mit dem Ex-General hatten dessen Thesen heftige Kritik hervorgerufen. Die Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Cornelia Sonntag-Wolgast, warf Schultze-Rhonhof »übelste Geschichtsverfälschung« vor. Selbst Brandenburgs CDU-Innenminister Jörg Schönbohm betrachtete die Äußerungen des früheren Generals als »nicht akzeptabel«.

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 09 / 2005
www.antifaschistische-nachrichten.de

Politischen Standort 2005 gehalten: Rechtsaußen

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude) hat 2003 sein geschichtsrevisionistisches Buch: "1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" veröffentlicht. In diesem in dritter Auflage erschienenen Buch stellt er Nazi-Deutschland als einen Zufluchtsort (!) für hunderttausende Juden aus Polen dar. Er behauptet: "... daß in den Jahren 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen."

In einem längeren Interview mit der "National-Zeitung" äußerte er sich im April 2005 über die Zielgruppe seines Buches: "Ich habe das Buch vor allem für junge Menschen geschrieben. Die jungen Deutschen sollten wissen, was mit uns gespielt wurde und wird."

Schultze-Rhonhof war auch im Jahr 2005 gefragter Partner und Referent im rechtem Milieu. Sein Buch ist mittlerweile als Hörbuch erhältlich und eine Videoaufzeichnung seines Vortrages kann über den einschlägigen Versandhandel bezogen werden.

Vortragsreise nach Bayern

Schultze-Rhonhof referierte am 15.02.05 beim Treffpunkt "Friedensengel" der Münchener Burschenschaft "Arminia-Rhenania" zum Thema: "1939 – Der Krieg der viele Väter hatte" und war am folgendem Tag Gast bei der nationalkonservativen Münchner Winterakademie.

Ludwig König, München, schrieb über diese Versammlung: „Fast 300 zu meist ältere Zuhörer drängen sich im übervollen Saal des Hotel Eden-Wolff am Münchner Hauptbahnhof. Mitglieder von Revanchistenverbänden und kahlgeschorene Burschenschaftler sind auch dabei. Auf der Anwesenheitsliste tragen sich viele Akademiker ein. Fast jeder legt einen Geldschein in den Spendenkorb." Und an anderer Stelle im Text: "Schrenk-Notzings Ehefrau Regina leitet die Winterakademie. Sie kennt ihre Pappenheimer. 'Keine Agitation, keine Verschwörungstheorien' mahnt sie vor Fragen aus dem Publikum. Was der General über das 'Zusammenspiel von kapitalistischen und kommunistischen Juden hinter Roosevelt und Stalin denke', wollte ein junger Mann wissen. 'Ich habe dazu natürlich meine Meinung, aber wenn ich die äußern würde, hätte ich das ganze Buch nicht veröffentlichen können', deutet Schultze-Rhonhof an und erntet dafür schallenden Applaus."

Einen weiteren Vortrag in Bayern hielt Schultze-Rhonhof beim außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU in Landshut. Die Landshuter Zeitung titelte am 18.02.05: "Ehemaliger Generalmajor stellt beim Landshuter CSU-Arbeitskreis Geschichtsschreibung auf den Kopf: 'Zweiter Weltkrieg hatte viele Väter'". Die Zeitung berichtete am nächsten Tag ausführlich über den Vortrag. Den anschließenden Kommentar beendete der Redakteur mit der Feststellung: "Dass der ehemalige Generalmajor sich seinen eigenen Reim auf die Geschichte macht, ist seine Sache. Bedenklich ist, dass er vom außen- und sicherheitspolitischen Arbeitskreis der CSU für seine verqueren Geschichtsdeutungen auch noch Beifall erhält."

Aufruf der Generale

Schultze-Rhonhof war einer der Erstunterzeichner des Aufrufes "8. Mai 2005 – Gegen das Vergessen", der am 16. April 2005 in der Frankfurter Allgemeinen Allgemeinen Zeitung als Anzeige, von ihm initiiert, erschien. Erstunterzeichner des "Aufrufes der Generale" waren auch Brigadegeneral a. D. Reinhard Günzel und Brigadegeneral a. D. Reinhard Uhle-Wettler und neun weitere ehemalige Generale. Der Aufruf der Generale wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Staatspolitik (IfS) veröffentlicht.

In der Wochenzeitung Junge Freiheit äußerte sich Schultze-Rhonhof am 22.04.2005 über seine Beweggründe für den Aufruf: "Dieses falsche Geschichtsbild, das uns jeden Tag im Fernsehen, in Kinofilmen und in Zeitungsartikeln präsentiert wird, kann ich einfach nicht mehr ertragen". Auf die Frage "Welche Wirkung erhoffen Sie sich von der Anzeige?" antwortete er: "Ich hoffe, daß die patriotischen und wertkonservativen Leute durch so eine Aktion ein wenig mehr Mut finden, sich zu äußern."

"Stimme der Mehrheit"

Schultze-Rhonhof war weiterhin aktiv für die Arbeitsgemeinschaft "Stimme der Mehrheit", zu deren Gründungsmitgliedern er gehörte. Die "Stimme der Mehrheit" ist der Meinung, dass das Meinungsklima in der Bundesrepublik "stickig" geworden sei, da die "selbst ernannten Tugendwächter der Political Correctness" die "geistige Auseinandersetzung" verhindern würden. Die Präsidiumsmitglieder Gerd Schultze-Rhonhof, Heiner Kappel und Norman von Scherpenberg (Staatssekretär a. D.) hatten für den 20. und 21. Oktober 2005 zur "zentralen Vortragsveranstaltung" und zur "Besinnung" hinsichtlich Zweck und Zielrichtung der "Stimme der Mehrheit" nach Bremen eingeladen.

Burschenschaftsveranstaltung in Universitätsgebäude untersagt

Die Greifswalder Burschenschaft "Rugia" plante für den 24.11.2005 eine Vortragsveranstaltung in einem Hörsaal der Universität mit Schultze-Rhonhof.

Der Vortrag wurde auf den Internetseiten der Burschenschaft mit "Der Krieg der viele Väter hatte" angekündigt. Der Universitätsrektor untersagte der "Rugia" kurzfristig die Nutzung von Räumlichkeiten in der Universität für diesen Vortrag. Die Veranstaltung musste daraufhin in das Verbindungshaus der Burschenschaft verlegt werden.

Resümee

Generalmajor a. D. Gerd Schultze-Rhonhof hatte im Jahr 2005 weniger öffentlichkeitswirksame Auftritte und Veröffentlichungen als in den Vorjahren. Der von ihm propagierte "Aufruf der Generale" fand wenig Beachtung. Schultze-Rhonhof hat sich durch sein Interview mit der "National-Zeitung", der auflagenstärksten periodischen Publikation im Bereich des Rechtsextremismus in Deutschland, erneut eindeutig politisch positioniert. In neofaschistischen Kreisen hat er sich mittlerweile durch sein Buch "1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" einen Namen als revisionistischer Historiker gemacht.

Michael Quelle, Januar 2006
www.stade.vvn-bda.de

Geschichtsrevisionist bei Münchner Burschenschaft Danubia

Am heutigen Freitag ist der Geschichtsrevisionist Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude) zu einer geschlossenen Veranstaltung des Altherrenverbands der ultrarechten Münchner Burschenschaft in deren Haus in München-Bogenhausen eingeladen. Mit "Plädoyer für einen zeitgeschichtlichen Perspektivenwechsel" ist die Veranstaltung (Moderation: Bernd Kallina, Burschenschaft Danubia, NPD-Funktionär, Witikobund) nur schlecht getarnt, geht es doch um die in neofaschistischen Kreisen beliebte Leugnung der deutschen Schuld am 2. Weltkrieg.

In neofaschistischen Kreisen hat sich der frühere führende Bundeswehrgeneral Schultze-Rhonhof mittlerweile durch sein Buch "1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte" (damit wirbt auch der Danubia-Veranstaltungstext) einen Namen als Revisionist gemacht. In einem längeren Interview mit der "National-Zeitung" (DVU, München) äußerte er sich im April 2005 über die Zielgruppe seines Buches: "Ich habe das Buch vor allem für junge Menschen geschrieben. Die jungen Deutschen sollten wissen, was mit uns gespielt wurde und wird." Die neofaschistische Presse ist voll des Lobes über Schultze-Rhonhofs Buch. Die NPD-Zeitung Deutsche Stimme hatte es im März 2004 bei ihren aktuellen Empfehlungen: "Eine Neudarstellung der Kriegsschuldfrage auf hohem Niveau. Der frühere Generalmajor der Bundeswehr kann auf deutscher Seite keine konkrete Kriegsplanung erkennen, dafür aber langjährige Kriegsziele des Auslands, die 1939 die Lage zum Eskalieren brachten." Auch antisemitische Mythen bedient Schultze-Rhonhof in diesem Buch, u. a. behauptet er, "... daß in den Jahren von 1933 bis 1938 557.000 Juden ihr polnisches Heimatland verlassen und Zuflucht im benachbarten Deutschland suchen..." und " ...strömen 557.000 polnische Juden von Ost nach West, um in Deutschland den Verfolgungen in Polen zu entkommen."

Schultze-Rhonhof war einer der Erstunterzeichner des Aufrufes "8. Mai 2005 – Gegen das Vergessen", der am 16. April 2005 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Anzeige, von ihm initiiert, erschien. Erstunterzeichner des "Aufrufes der Generale" waren auch die in der extremen Rechten aktiven früheren Brigadegeneräle Reinhard Günzel und Reinhard Uhle-Wettler. Gerd Schultze-Rhonhof ist Mitgründer der rechtslastigen "Arbeitsgemeinschaft 'Stimme der Mehrheit'" und steht dem rechtsextremen "Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen" nahe. Er ist regelmäßiger Autor und Interviewpartner der extrem rechten Wochenzeitung "Junge Freiheit".

Bei zahlreichen neofaschistischen, revisionistischen und revanchistischen Veranstaltungen tritt Gerd Schultze-Rhonhof auf. Der Kameradenverband des ehemaligen 1. SS-Panzerkorps lud ihn Ende April 2003 als Festredner zu einer konspirativ durchgeführten Veranstaltung und liess ihn die Kernaussagen seines Buches vorstellen. "Ich fühle mich als Nachkriegssoldat sehr geehrt, daß ich vor den letzten noch Lebenden einer Elite der Wehrmacht und der Waffen-SS sprechen darf." schmeichelte Schultze-Rhonhof in seiner Festrede am 16. Oktober 2004 in Hameln zur 50-Jahrfeier der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger. "Ich verneige mich vor Ihrer Lebensleistung" verkündete er pathetisch am Ende seiner Rede vor den Kriegsverbrechern.

Die vom Verfassungsschutz beobachtete Münchner Burschenschaft Danubia, bei der es im Herbst 2005 zu Festnahmen wegen neonazistischer Ausschreitungen kam, ist nicht die einzige Burschenschaft, die Schultze Rhonhof eingeladen hat: Schultze-Rhonhof war Referent am 18. Januar 2004 beim "Reichsgründungskommers" der Hamburger Burschenschaft Germania. Auch die Münchener Burschenschaft Arminia-Rhenania hatte Gerd Schultze-Rhonhof am 15.02.2005 zum Vortrag mit dem Titel: "1939 - Der Krieg der viele Väter hatte" eingeladen. Am folgendem Tag war er Gast bei der extrem rechten "Münchner Winterakademie" im übervollen Saal des Hotel Eden-Wolff am Münchner Hauptbahnhof. Was der General über das "Zusammenspiel von kapitalistischen und kommunistischen Juden hinter Roosevelt und Stalin denke", wollte ein junger Mann wissen. "Ich habe dazu natürlich meine Meinung, aber wenn ich die äußern würde, hätte ich das ganze Buch nicht veröffentlichen können", deutete Schultze-Rhonhof an und erntete dafür schallenden Applaus. Die Greifswalder Burschenschaft "Rugia" plante für den 24.11.2005 eine Vortragsveranstaltung in einem Hörsaal der Universität mit Schultze-Rhonhof. Der Vortrag wurde auf den Internetseiten der Burschenschaft mit "Der Krieg der viele Väter hatte" angekündigt. Der Universitätsrektor untersagte der "Rugia" kurzfristig die Nutzung von Räumlichkeiten in der Universität für diesen Vortrag. Die Veranstaltung musste daraufhin in das Verbindungshaus der Burschenschaft verlegt werden.

Vor nicht ganz zwei Wochen, am 6. Mai 2006 trat Gerd Schultze-Rhonhof erst in München auf: Vor 400 Alt- und Neonazis bei der neonazistischen Großveranstaltung "Wollte Adolf Hitler den Krieg?" von Gerd Sudholt (Verlagsgesellschaft Berg, Deutsche Geschichte, Druffel-Verlag etc.).

A.I.D.A. e.V. - Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.
19.05.2006
<http://aida.open-lab.org>

Gert Sudholt

Sudholt, Gert (Jahrgang 1943)

Sudholt ist Eigentümer der Verlagsgemeinschaft Berg (VGB), unter deren Dach drei rechtsextremistische Verlage arbeiten: Türmer-Verlag, Vowinkel-Verlag und Druffel-Verlag. Nach einem Studium der Geschichte an der Universität München wird Sudholt 1969 Mitarbeiter der "Deutschen Wochen-Zeitung". 1973 promoviert er über "Die deutsche Eingeborenenpolitik in Südwestafrika: Von den Anfängen bis 1904."

1977 wird er Mitgesellschafter des Hohenstaufen-Verlags. Er ist langjähriger Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik. 1982 fusioniert er die Klüter Blätter und den Politischen Zeitspiegel zu den Deutschen Monatsheften. Als presserechtlich Verantwortlicher wird Gert Sudholt 1990 wegen der Publikation eines holocaustleugnenden Artikel von Robert Faurisson in den "Deutschen Monatsheften" zu einer Geldstrafe verurteilt. Im Revisionsverfahren in der gleichen Sache verurteilt ihn das Oberste Bayerische Landesgericht zu sechs Monaten Haft und 10.000 DM Geldstrafe. Er wird im Juli 1993 verurteilt. Der Name der Haftanstalt inspiriert den rechtsextremen Verleger offenbar zu schriftstellerischer Tätigkeit. Er verfaßt während des Haftaufenthalts die Schrift In Haft - Persönliches und politisches Tagebuch eines deutschen Verlegers. 1990 gibt er die Deutschen Monatshefte an Nation & Europa ab. Im Januar 1999 wird Sudholt vom Schöffengericht Starnberg wegen Volksverhetzung zu vier Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 4.000 DM verurteilt. Er hatte das in Konstanz erschienene Buch "Uns trifft keine Schuld" zum Verkauf angeboten. Der Schweizer Verfasser "Harry Zweifel" schreibt darin von der "jüdischen Weltverschwörung zwecks Weltbeherrschung". Und Sätze wie: "Die Juden sind unbelehrbar und haben den Antisemitismus selbst zu verantworten." Das Buch wird nach dem Urteilsspruch bundesweit eingezogen. Ein weiteres Verfahren wegen der Verharmlosung des Holocaust durch den Vertrieb des Buches "Geheimakte Gestapo-Müller" wird dagegen eingestellt.

Ab 1998 erschien in Sudholts VGB Verlagsgesellschaft das rechtsextreme Strategie- und Theorieorgan Opposition. Online-Bestellungen dieser Zeitschrift wie auch der weiteren Verlagsproduktionen wurden unter anderem auch über die Webseiten der Versandbuchhandlung seiner Ehefrau Linda abgewickelt. Die Zeitschrift "Opposition" musste im Sommer 2002 eingestellt werden; Sudholt konzentriert sich seitdem auf die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift "Deutsche Geschichte". Der bisherige Chefredakteur der "Opposition" Hans Meiser übernahm diese Funktion auch bei der "Deutschen Geschichte"; einem Redaktionsbeirat gehört Karl Richter an, der auch Redakteur von "Nation & Europa" ist. Nach eigenen Angaben im Sommer 2002 belief sich die Auflage der "Deutschen Geschichte" auf 12.500 Exemplare.

1999 ist er Referent beim Signal-Pressesfest im baden-württembergischen Engen. Das Thema seines Vortrags lautete wie der Titel seines Buches "Anglo-Amerikanische Kriegsverbrechen". Am 4. Februar referiert er in Ellwangen beim Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG), welches ideologisch an das Europa-Konzept der Bruderschaft anknüpft. Im Gleichklang mit Franz Schönhuber propagierte er auf der Veranstaltung ein eurasisches Bündnis bestehend aus Deutschland, Russland und China, um so ein machtpolitisches Gegengewicht zu den USA zu bilden. Über die PHI-Presse wird ein Interview mit Sudholt zur "Patriotenverfolgung in Deutschland" vertrieben. Unter dem gleichen Titel hat Sudholt 1999 ein Sonderheft der rechtsextremen Reihe Deutsche Geschichte herausgegeben.

Seit dem Frühjahr 2001 ist Sudholt samt seiner Verlage nicht mehr in Berg am Starnberger See angesiedelt. Die Gemeinde hatte angekündigt, gegen die nicht genehmigte Nutzung des Gebäudes als Gewerbebetrieb einschreiten zu wollen. Sein neues Domizil fand er nun mit Unterstützung der Betreiber in der sog. "Alten Brauerei", einem Kulturzentrum in Inning am Ammersee, Ortsteil Stegen.

Informationsdienst gegen Rechtsextremismus
<http://lexikon.idgr.de>

Opposition

Gründung: 1998, eingestellt 2002

Herausgeber: VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH von Gert Sudholt. Auflage: zuletzt 12.500.

Das Magazin erschien zweimonatlich in der rechtsextremistischen "Verlagsgesellschaft Berg" und verstand sich als politisches Magazin und als Strategie- und Theorieorgan. Für Opposition schrieben z.B. Reinhold Oberlercher, Christian Rogler, Wolfgang Strauss, Hans Rustemeyer, Franz Schönhuber, aber auch Felix Buck und der frühere Diplomat der griechischen Obristenjunta, Gregor M. Manousakis. In Heft 1/1999 fand sich ein Interview mit dem in Österreich ansässigen Geschäftsmann Abdul M. Jebara, dem eine regelmäßige Tätigkeit gleich für mehrere Geheimdienste nachgesagt wurde.

Das Publikationsorgan pflegte dezidierten Antiamerikanismus und ein Europakonzept, das an jenes des SS-Untergrunds nach 1945 erinnert. Franz Schönhuber etwa bezog sich in seinem Beitrag "Die Deutschen, das Reich und Europa" auf den Ideologen der Konservativen Revolution, Moeller van den Bruck, dem eine Übertragung der politischen Macht auf eine kleine geistige Elite als politisches Modell vorschwebte. Schönhuber warnte freilich die Leser vor den "Wertkonservativen" und forderte: "Macht mir den linken Flügel stark". Er meint damit den "linken" Flügel der extremen Rechten, die sich an Ernst Niekisch und Schlageter orientieren.

Neu im Redaktionsteam waren ab Ausgabe 2/2001 Jürgen Gansel und Josef Klumb. Der Burschenschafter Gansel war ehemals Mitglied des NHB und gehörte 2004 dem Bundesvorstand der NPD an. Der Musiker Josef Klumb alias Jay Kay ist Anhänger der antisemitischen Verschwörungstheorien des "Jan van Helsing" und hatte mit seiner Gruppe "Forthcoming Fire" die CD "Illuminati" veröffentlicht.

Im Sommer 2002 musste die Zeitschrift "Opposition" eingestellt werden; Sudholt konzentrierte sich seitdem auf die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift "Deutsche Geschichte". Der bisherige Chefredakteur der "Opposition" Hans Meiser übernahm diese Funktion auch bei der "Deutschen Geschichte"; einem Redaktionsbeirat gehört Karl Richter an, der auch Redakteur von Nation & Europa ist. Nach eigenen Angaben im Sommer 2002 belief sich die Auflage der "Deutschen Geschichte" auf 12.500 Exemplare.

Informationsdienst gegen Rechtsextremismus

<http://lexikon.idgr.de>

Fundamentalopposition von rechts

»Wenn ein Mensch, eine Partei, eine Truppeneinheit oder eine Denkschule von den Feinden nicht angegriffen wird, so ist das nicht gut; dann stecken diese bestimmt mit den Feinden unter einer Decke. Wenn sie von den Feinden angegriffen werden, ist es gut. Das beweist, daß zwischen uns und den Feinden ein klarer Trennungsstrich gezogen ist.« So schrieb es vor vielen Jahren in seinem prägnanten, wenn auch nicht immer durch Logik bestimmten Stil der Vorsitzende Mao Ze Dong. Wenn heute eine Zeitschrift mit diesem Zitat für sich wirbt, dann muß es sich keineswegs um ein etwas altbackenes maoistisches Blättchen handeln. Im vorliegenden Fall wird der Ausspruch genutzt durch eine neue Vierteljahresschrift unter dem Titel »Opposition - Magazin für Deutschland«.

Und maoistisch ist dieses Blatt natürlich ganz und gar nicht. Warum aber sollte man zur Erläuterung der Notwendigkeit der strikten Trennung zwischen Freund und Feind immer nur Carl Schmitt heranziehen, warum für verschwörungstheoretische Anspielungen immer nur die einschlägigen Autoren der extremen Rechten, wenn für die gleichen Zwecke auch der Große Steuermann zur Verfügung steht? Schon mit dieser Werbung wollen die Verantwortlichen der auch in den Bahnhofsbuchhandlungen erhältlichen Zeitschrift demonstrieren, daß sie sich von der alten extremen Rechten unterscheiden, die bei aller NS-Nostalgie doch stets zugleich immer darum gebettelt hat, doch im Konzert der Etablierten mitspielen zu dürfen, herausstellen wollte, daß man doch das gleiche - nur etwas konsequenter - wolle wie die Konservativen. Diesem Anpassungskurs wollen sich die Macher von »Opposition« verweigern. Opposition wird von ihnen nicht verstanden als parlamentarische, sondern vielmehr als grundsätzliche, gegen das System gerichtete. Nicht lau wie die »Junge Freiheit« will man sein, sondern einen »klaren Trennungsstrich« zur - so die Diktion - »liberalextrémistischen Einheitspartei« ziehen.

Wenn die Feindbestimmung klar ist, dann darf auch eine deutliche Zielangabe erwartet werden. Einen Anhaltspunkt liefert in der zweiten Ausgabe unter dem programmatischen Titel »Wir brauchen eine Gegengesellschaft«, bestimmt von den Leitbildern Gott - Familie - Vaterland, der österreichische Autor Christian Rogler: »Das Ziel muß eine Gesellschaft sein, in der junge Menschen die Antworten auf ihre Fragen nicht mehr bei Arabella und Dr. Sommer suchen, sondern bei Brasillach und Jünger.« Bei zwei führenden faschistischen Schriftstellern also. Dem kann sich auf den folgenden Seiten Franz Schönhuber nahtlos mit seiner Forderung »Macht mir den linken Flügel stark!« anschließen. Gemeint ist selbstverständlich der linke Flügel der extremen Rechten. »Halten wir uns fern von den sogenannten 'Wertkonservativen', warnt er, da »die des Hinweises auf die Werte bedürfen, um nicht gänzlich nackt dazustehen.« Denn, so ergänzt er getreu den heroischen Autoren Brasillach und Jünger: »In der Geschichte gewinnen immer die Härteren.«

Unter Berufung auf den Nationalbolschewisten Ernst Niekisch und unter Verweis auf den durch Karl Radek propagierten sogenannten Schlageter-Kurs fordert Schönhuber wieder einmal einen »dritten Weg«. Wie bereits seit einiger Zeit steht bei ihm die soziale Frage im Mittelpunkt der Überlegungen. Sein Weg führt »nicht hin zu kapitalistischen Regierungsformen, in denen die

Reichen immer Reicher und die Armen immer ärmer werden. Wir müssen uns nicht damit abfinden, daß es ein raffendes und ein schaffendes Kapital gibt, immer mehr Gewinne für die Unternehmer auf der einen Seite und immer größere Arbeitslosigkeit auf der anderen.« Anknüpfungspunkt für ihn - wohl durchaus in Übereinstimmung mit den Initiatoren des Blattes - ist offenkundig die Programmatik der europäischen faschistischen Parteien in ihrer Bewegungsphase als diese, so Schönhuber, »linke Bewegungen« gewesen seien.

Opposition, so Chefredakteur Karl Richter, der auch für Gestaltung und Satz zuständig ist, sei gefordert gegen die »allgegenwärtige Zumutung des Amerikanismus«, der in dem Heft mit dem Liberalismus ident gesetzt wird, gegen die »politische Kaste« der Bundesrepublik, da diese an der Entnationalisierung arbeite, gegen den Primat der Ökonomie gegenüber der Politik. Richter in seinem Resümee der Zustandsbeschreibung: »Dieser Zustand ist unerträglich und weltweit einzigartig. (...) Hier kündigen wir Opposition an, aber anders als im Bundestag: fundamental und unmißverständlich. Und weil wir damit noch eine gute Weile beschäftigt sein dürften, ehe sich eine ernstzunehmende politische Alternative am Parteienfirmament zeigt, bekennen wir uns... als das, was wir sind und bis auf weiteres bleiben werden: Opposition. Opposition für Deutschland.«

Mit Karl Richter hat die herausgebende Verlagsgemeinschaft Berg des langjährigen führenden Funktionärs der extremen Rechten Dr. Gert Sudholt einen Journalisten und Aktivist des Lagers gewonnen, der in der Vergangenheit in vielfältiger Weise von sich reden gemacht hat. Bis Ende 1997 war er verantwortlicher Redakteur der Monatszeitschrift »Nation + Europa«, wo er seit 1992 tätig war. Begonnen hatte er seine journalistische Karriere während des Studiums als Mitarbeiter der burschenschaftlichen »Münchner Freiheit« und der »Jungen Freiheit«. Die ersten politischen Schritte erfolgten bei der einschlägig bekannten Burschenschaft Danubia. Bald folgte eine relativ steile Karriere bei den REPUBLIKANERN, die ihn u.a. auf den Posten des Pressesprechers der Partei in Bayern und zum Landtagskandidaten dort machte. In der Parteikrise des Jahres 1990 stand er auf der Seite der Rebellen um Harald Neubauer gegen Franz Schönhuber. Als Neubauers Referent arbeitete er auch während dessen Zeit im Straßburger Europaparlament und folgte ihm in die Deutsche Liga, wo er ebenso führende Funktionen übernahm wie in der Gesellschaft für freie Publizistik.

Verleger Sudholt, der nach seinem 1990 erfolgten Ausschluss aus der Rudolf-Hess-Gesellschaft 1991 - bereits damals wenig glaubhaft - seinen Bruch mit dem rechtsextremen Lager erklärt hatte, hatte schon seit Ende 1996 ein weiteres Zeitschriftenprojekt neben seinem Blatt »Deutsche Geschichte« geplant. Die Leitung sollte ursprünglich der ehemalige »Junge Freiheit«-Kulturredakteur Andreas Molau übernehmen, der dort 1994 mit der radikal völkischen Oppositionsgruppe ausgeschieden war und anschließend verantwortlich für die »Deutsche Geschichte« gearbeitet hatte. Mit Richter dürfte nun ein qualifizierterer Kader gefunden worden sein, der zudem über eine größere Akzeptanz im Lager der extremen Rechten verfügt.

Die bisher vorliegenden zwei Ausgaben von »Opposition« (Einzelpreis 19,80 DM, Abo 86,- DM bei ca. 90 Seiten Umfang im Großformat) gestatten zumindest tendenzielle Aussagen über die Ausrichtung der Zeitschrift. Mit den Schwerpunktthemen »Herausforderung Amerikanismus« (Nr.1) und »Fundamentalisten: Feinde oder Verbündete?« (Nr.2) sind Komplexe aufgegriffen worden, die über die Aktualität hinaus im Zentrum der Debatten der extremen Rechten angesiedelt sind. Das inhaltliche Spektrum dabei ist recht breit angelegt. Zum Fundamentalismus z.B. gibt es sowohl Beiträge aus katholisch-integristischer Sicht (Christian Rogler) als auch solche, die positive Aspekte am Islamismus finden (Karl Richter), die den Italiener Julius Evola, den Propheten der Tradition, preisen oder den indischen politischen Hinduismus darstellen. Die Beiträge sind teilweise von erheblicher Länge. So wird z.B. die Konkurrenz mit der inhaltlich ähnlich ausgerichteten »Nation + Europa« vermieden, wo diese Artikel schon platzmäßig wohl ungeeignet wären. Man könnte von einem vergleichbaren Verhältnis wie zwischen der »Jungen Freiheit« und »Criticón« sprechen.

Bei neuen Publikationen ist die Einführung in den Markt von entscheidender Bedeutung. Bekannte Namen können dabei eine wichtige Rolle spielen. Deren Gewinnung kann bereits jetzt als gelungen bezeichnet werden. So finden sich in der Fundamentalismus-Nummer der Mitbegründer des Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen, Dr. Felix Buck, und der frühere Diplomat der griechischen Obristenjunta Dr. Gregor M. Manousakis. In der USA-Ausgabe dagegen dominierten noch weitgehend die alten und altbekannten Standardautoren des Verlagshauses Sudholt. Eine bemerkenswerte Ausnahme neben dem Reprint eines Beitrages von Sven Hedin stellte lediglich eine längere Abhandlung von Adolf Halfeld »Der Mythos der 'westlichen Hemisphäre'« dar. Dessen 1927 bei Eugen Diederichs erschienenen Band »Amerika und der Amerikanismus«, der zum Bestseller wurde, gilt als bahnbrechend für die USA-Kritik von rechts.

Deshalb gilt auch hier bei aller sonstigen Entschiedenheit des Gestus: inhaltlich nichts Neues. Alles wie gehabt. Was neu erscheinen soll, das ist in Wirklichkeit uralt.

Cremer, Jean

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 15 / 1998

www.antifaschistische-nachrichten.de

Antisemitisches von Harry Zweifel

Starnberger Gericht verurteilte rechtsextremen Verleger wegen Volksverhetzung

Er hat es nicht lassen können: In seinem Schlußwort wollte sich der bayerische Verleger Gert Sudholt dann doch noch zum Märtyrer stilisieren. Gut zwei Monate hatte er bereits im Gefängnis gesessen. Und das ausgerechnet in Landsberg.

Nun stand er am vergangenen Donnerstag in seinem schlecht sitzenden grauen Anzug, in den Händen ein getipptes Manuskript, vor dem Schöffengericht Starnberg - jener Kleinstadt südlich von München, in der Prominenz und Millionäre gerne ihre edlen Domizile beziehen. Mit verhaltenem Pathos las Sudholt die Geschichte vom Buchhändler vor, der sich gegen Zensur zur Wehr setzt. Einmal "braun kontaminiert", sei er nun für immer diskreditiert. Wenn er wieder ein Buch mit zeitgeschichtlichen Themen vertreiben wolle, müsse er es wohl zuvor von Anwälten prüfen lassen, beschwerte sich der 55jährige und klagte über "Gesinnungsdiktatur".

Eine derartige Rede war von dem Mann gar nicht zu erwarten, wirkte er doch zuvor so bieder und zurückhaltend. Sudholt ist einer der Rechten, die ihre Parolen nicht polternd verbreiten. In seinem Wohnort Starnberg wird er öffentlich kaum wahrgenommen.

Mit seinem politischen Exkurs, der wohl für das Dutzend Gesinnungsfreunde auf den Zuschauersitzen im Saal gedacht war, hatte es sich Sudholt mit dem Amtsrichter Hans-Joachim Schleifenbaum beinahe noch verdorben. Beinahe. Zwar erklärte Schleifenbaum in seiner Urteilsbegründung, es falle schwer, einem derartig Unbelehrbaren noch Bewährung zu gönnen. Doch dann gewährte das Gericht dem Angeklagten Verschonung vor einem weiteren Gefängnisaufenthalt. Das Urteil: vier Monate Haft auf Bewährung wegen Volksverhetzung. Außerdem sind 4 000 Mark an die Staatskasse fällig.

Tausende Exemplare eines knapp 600 Seiten starken antisemitischen Wälzers hat sich Sudholt 1997 aus der Schweiz schicken lassen, um sie über seinen Versandbuchhandel in Deutschland zum Verkauf anzubieten. "Uns trifft keine Schuld", heißt das Werk eines Autors, der sich Harry Zweifel nennt. Der schreibt von der "jüdischen Weltverschwörung zwecks Weltbeherrschung". Und Sätze wie: "Die Juden sind unbelehrbar und haben den Antisemitismus selbst zu verantworten." Das Geschäft mit dem Buch wurde nach wenigen Wochen von der Staatsanwaltschaft gestoppt. Die Polizei packte das Zeug in 27 Kartons, um es aus dem Verlagsgebäude in der nahegelegenen kleinen Ortschaft Berg zu schleppen.

Es war nicht die erste Polizeiaktion gegen Sudholt: Einige Monate zuvor war der zweite Band von "Geheimakte Gestapo-Müller" des amerikanischen Autors Gregory Douglas beschlagnahmt worden. Sudholt hatte das Buch in seinem Druffel-Verlag publiziert. Auch dies ein Machwerk, in dem der Holocaust angezweifelt wird. Das Buch kommt als authentische Biographie des Gestapo-Chefs Heinrich Müller daher, wurde aber von dem Historiker Jürgen Zarusky vom Münchner Institut für Zeitgeschichte vor Gericht mühelos als Fälschung entlarvt.

Die Vorliebe für einschägige Literatur des Berger Verlegers paßt in die Familientradition. Sudholt ist Stief- und Ziehsohn von Helmut Sündermann, dem verstorbenen stellvertretenden NSDAP-Reichspressechef. Der promovierte Historiker Sudholt war Vize-Vorsitzender im NPD-Kreisverband München-West und saß bis 1991 der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) vor.

Um seine Geschäfte muß sich der Rechtsextremist, der in gleich drei Verlagen als Inhaber bzw. Verleger fungiert, denn auch keine Sorgen machen. Zwar muß er "Uns trifft keine Schuld" aus dem Programm streichen, da das Buch auf richterlichen Beschluß eingezogen wurde. Den "Gestapo-Müller" darf er jedoch weiter verkaufen, wenn einige Passagen geschwärzt oder entfernt werden.

Auch aus der Politik hält sich Sudholt nicht raus, selbst wenn er bisweilen mit seiner braunen Vergangenheit so gar nichts mehr zu tun haben will: Erst vor einem halben Jahr hatte der 55jährige in seiner Villa einen intellektuellen Zirkel zu Gast. Mit dabei: der DVU-Mann Franz Schönhuber.

Michael Berzl, Starnberg
Jungle World, 20. Januar 1999

Das braune Senioren-Stift

ZWISCHEN KURIOSITÄTENKABINETT UND VOLKSVERHETZUNG

Am Starnberger See wohnen nicht nur Maffay oder Lauterbach, sondern inzwischen auch die alternden Stars der rechtsextremen Propaganda. Einer davon ist Alfred Mechtersheimer

Idyllen trügen gerne mal. Zum Beispiel so: Jollen mit weißen Segeln kreuzen auf dem in der Sonne glitzernden Wasser. An den Hängen der Seeufer hat sich das Laub herbstlich verfärbt. Ganz hinten im Süden erhebt sich das schon verschneite Massiv der Zugspitze. Wunderbar ist das alles zu sehen von der Seepromenade Starnbergs, einer Kreisstadt mit gut 20.000 Einwohnern, darunter überdurchschnittlich viele Millionäre. Rund um den See wohnen Prominente wie Jürgen Fliege, Heiner Lauterbach und Peter Maffay - nur eine halbe Stunde Fahrt mit der S-Bahn von München entfernt - in einer wunderschönen Landschaft, in einem Bilderbuch-Bayern. Doch die politische Topografie weist einige braune Flecken auf.

Im Fünfseenland tummeln sich geradezu die intellektuellen Köpfe der nationalistischen und rechtsextremistischen Szene. Einige davon beobachtet der Bayerische Verfassungsschutz schon seit Jahren. Von einem "intellektuellen Kleinzentrum in der bundesdeutschen rechtsextremistischen Verlags- und Medienlandschaft" spricht angesichts der Aktivitäten am Starnberger See und am benachbarten Ammersee Franz Gruber vom Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz. Zwei Verlage tauchen in den Jahresberichten regelmäßig auf: die Verlagsgemeinschaft Berg und der "Freundeskreis Ulrich von Hutten". Von Alfred

Mechtersheimer, der von Starnberg aus zusammen mit Leuten aus dem Dunstkreis von Republikanern und DVU eine "Deutsche Aufbau-Organisation" (DAO) schmiedet, war darin allerdings bis heute noch nicht die Rede.

Der eine Verlag im Visier der Verfassungsschützer hat seinen Sitz in Berg am Ostufer des Sees, einst Wohnsitz von Oskar Maria Graf. Das Programm des Verlegers Gert Sudholt und seiner Frau Linda ist breit sortiert: NS-Hitlerforschung, Waffen-SS, HJ und BDM sind die Themen. David Irving schreibt über Hermann Göring, eine Biografie über Hitler-Berater Alfred Jodl und ein Buch mit dem Titel "Schluß mit dem deutschen Selbsthaß" werden angeboten. Beim Vermarkten der Literatur über deutsche Vergangenheit gelingt nicht immer die Gratwanderung, gerade noch im Bereich des gesetzlich Erlaubten zu bleiben. Der 57-jährige Sudholt, Ziehsohn des stellvertretenden NSDAP-Reichspressechefs Helmut Sündermann, saß schon einmal in Haft und wurde im vergangenen Jahr wegen Volksverhetzung verurteilt. Er hatte ein Buch mit antisemitischem Inhalt zum Verkauf angeboten. Der Wiederholungstäter kam jedoch mit einer Bewährungsstrafe beim Amtsgericht in Starnberg glimpflich davon. Ansonsten wird Sudholt in seinem Wohnort öffentlich kaum wahrgenommen. Nur seine Nachbarn ärgern sich über die Lastwagen der Lieferanten, die an manchen Tagen bis zu dreimal am Garten vorbei fahren. Denn das Geschäft mit brauner Literatur boomt.

In Starnberg wiederum hat der "Freundeskreis Ulrich von Hutten" seinen Sitz. Auch diese Vereinigung, welche die "Huttenbriefe für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht" publiziert, steht seit Jahren unter Beobachtung der Verfassungsschützer, weil in ihren Schriften das NS-Regime verharmlost wird und rassistische Thesen publiziert werden.

Eher eine Kuriosität kommt aus Tutzing am südlichen Ende des Sees: Norbert Schrepf bietet via Internet Figuren von Nazi-Größen an, unter anderem Hitler, gehend, stehend und stillgestanden. Da dieses Angebot auch unter dem Stichwort "Braunau" auftaucht, wandte sich die österreichische Stadt an die Behörden mit der Forderung, ob derlei nicht unterbunden werden könnte. In der von Landwirtschaft geprägten Gegend im Süden des Ammersees - unweit der großen weißen Kugeln der Erdefunkstation in Raisting - ist in Pähl der Verlag "Hohe Warte" angesiedelt, der von dem mittlerweile 90-jährigen Franz Freiherr Karg von Bebenburg geleitet wird und zweimal pro Monat die Publikation "Mensch und Maß" herausgibt. In der Festschrift zum Geburtstag des Jubilars ging es unter anderem um die Philosophie Mathilde Ludendorffs. Wohl eher was für Veteranen, die gerne von großen vergangenen Tagen schwärmen.

Ganz anders ist das beim ehemaligen Bundeswehr-Oberstleutnant Mechtersheimer, der einmal einer der wichtigsten Repräsentanten in der Friedensbewegung war. In den achtziger Jahren leitete er das Starnberger "Forschungsinstitut für Friedenspolitik". Mittlerweile ist der frühere pazifistische Cheftheoretiker im politischen Spektrum ganz weit nach rechts gedriftet. Und er ist wieder ein vielbeschäftigter Mann, der sich keine Pause gönnt. Während des Essens im Stehimbiss einer Metzgerei, wenn er nicht gestört wird und per Handy Mitarbeitern Anweisungen geben muss, vertieft er sich gerne in die Lektüre der taz. Im Juni hat er an der ersten bundesweiten Konferenz der DAO in Fulda teilgenommen. Diese Organisation hat nach eigenen Angaben zum Ziel, eine "starke Partei" aufzubauen, die den "Willen des deutschen Volkes" entschlossen vertritt, und sie sorgt sich um die "Zukunft des Deutschen Vaterlandes". Mechtersheimer legt großen Wert darauf, als Pazifist bezeichnet zu werden, verwarft sich dagegen, mit gewaltbereiten Rechtsextremisten in einen Topf geworfen zu werden und droht doch gleichzeitig in einer seiner Publikationen: "Wenn die Politiker nicht mehr weiter wissen, muss das Volk aktiv werden. Deshalb ist eine nationale Erneuerung von unten notwendig. Wir wollen den Satz im Grundgesetz ›Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus‹ endlich mit Leben erfüllen."

Auch in der streng nationalistischen "Deutschland-Bewegung" mit Sitz in Starnberg und Berlin ist Mechtersheimer, der sich immer noch als "Friedensforscher" bezeichnet, einer der führenden Köpfe. Er und einige Sympathisanten sind an einem Sonntag Ende Oktober mit Flugblättern und Transparenten nach Tutzing zum Demonstrieren gegangen. Anlass war eine Podiumsdiskussion der Evangelischen Akademie mit dem Thema "Rechts schwenkt Marsch - Gemeinsam gegen Rassismus und Fremdenhass". Auf dem Podium saßen unter anderem der Bayerische Innenminister Günther Beckstein, PEN-Generalsekretär Johano Strasser und Michel Friedman, stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das war zu viel für die Deutschlandbewegten. "Für Demokratie gegen Gesinnungsterror" und "Gesicht zeigen gegen Heuchelei und Intoleranz" hatten sie auf ihre Demotafeln gemalt. Das mit dem Gesicht-Zeigen war wohl nicht ganz wörtlich zu nehmen. Eine Pressefotografin wurde von den Rechten aufgefordert, bestimmte Bilder in ihrer Digital-Kamera zu löschen.

Mechtersheimer hätte es sowohl geographisch als auch politisch nicht weit nach Gräfelfing und nach Pasing im Südwesten Münchens. Dort hat der DVU-Chef Gerhard Frey seinen Wohnsitz und seinen Verlag. Mittelbare Kontakte gibt es ja schon. Denn im Sprecherkreis der DAO sitzt neben Mechtersheimer und dem ehemaligen Republikaner-Funktionär Harald Neubauer auch die frühere DVU-Fraktionsvorsitzende in Sachsen-Anhalt, Claudia Wiechmann.

Und noch ein Beispiel für Kontaktpflege in Alpenländern: Den CSU-Landtagsabgeordneten Klaus Gröber aus Berg haben auch Proteste aus den eigenen Reihen nicht davon abgebracht, den FPÖ-Spitzenpolitiker Thomas Prinzhorn zu sich in den Wahlkreis am Starnberger See einzuladen. Der Veranstaltungstermin war schon für den September angesetzt, wurde dann aber zunächst verschoben. Gröber wiederum war bereits in Wien und hat nach dem Besuch geschwärmt von den interessanten Gesprächen dort. Das passt dann auch wieder schön zu einem Werbebanner auf einer Internetseite der "Deutschland-Bewegung" Mechtersheimers, wo es heißt: "Jetzt erst recht - Urlaub in Österreich". Gröber, Mechtersheimer, Sudholt und Co. haben viel zu tun, während nach den Anschlägen auf Synagogen in Politik und Talkshowrunden wieder eifrig gerätselt wird, was gegen den Rechtsradikalismus in Deutschland zu unternehmen sei.

Michael Berzl

Freitag, 24.11.2000

www.freitag.de/2000/48/00480502.htm

Sudholt früher NPD-Mitglied

Inning (Oberbayern) - Gert Sudholt, Kopf der rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg (VGB), outet sich in seinem neuesten Buch "Hexenjagd 2000. Zeitkritische Notizen eines deutschen Verlegers", als ehemaliges Mitglied der NPD. Er sei 1969 der NPD beigetreten, habe sich später aber aus der Parteipolitik völlig zurückgezogen und sei wieder ausgetreten. Sudholt beklagt, dass unter der derzeitigen Bundesregierung "politische Deserteure und publizistische Volksverräter Konjunktur" hätten. Der rechtsextreme Verleger appelliert deshalb an seinen Kameradenkreis, Gegenposition zu beziehen und "diese nicht feige und kampflös" aufzugeben.

Blick nach rechts - Ausgabe 15/2001
www.bnr.de

Erlebnis Revisionismus

In Erfurt debattierten Rechtsextremisten über die «USA - Die maßlose Weltmacht»

Erfurt. Beim «3. Wochenende Erlebnis Geschichte», das vom 26. bis 28. September im Erfurter Dorint-Hotel stattfand, traten eine ganze Reihe von stramm rechten Autoren und Publizisten auf, darunter Walter Post, Wolfgang Juchem und Pierre Krebs. Ausgerichtet wurde der Kongress (Motto: «USA - Die maßlose Weltmacht») vom Druffel-Verlag und der Zeitschrift «Deutsche Geschichte», beide in den Händen von Gert Sudholt. «Unserer Tagung fand bei den Lesern größte Aufmerksamkeit und wir konnten einen Teilnehmeransturm ohnegleichen verzeichnen», jubelt der Inninger Verleger in der November-Ausgabe der «Deutschen Geschichte». Dies war nicht das erste Mal, dass ein derartiger Kongress in einem Thüringer Dorint-Hotel stattfinden konnte: Bereits in den Jahren 1997 und 1998 tagte die Gesellschaft für freie Publizistik im Geraer Dorint-Hotel.

Der Sprecher der Aktion Freies Deutschland Wolfgang Juchem ist bereits bei zahllosen Vereinen und Veranstaltungen der rechten Szene ans Rednerpult getreten, darunter die Deutsche Liga für Volk und Heimat und die Gesellschaft für freie Publizistik, deren 2. Vorstand Veranstalter Sudholt ist. Ende Juni 2003 referierte Juchem bei einer vom NPD Kreisverband Saalfeld / Rudolstadt und der Freien Kameradschaft Rudolstadt organisierten Saalveranstaltung. Zweiter Redner war der Landesvorsitzende der NPD Thüringen Frank Schwerdt.

Der Militärhistoriker Walter Post veröffentlichte unlängst im revisionistischen Grabert Verlag einen Wälzer über die «Die Ursachen des Zweiten Weltkrieges», in der aktuellen Ausgabe der «Deutschen Geschichte» wird er dazu befragt. Post schrieb unter anderem in den rechten Blättern «Aula», «Junge Freiheit» und der «Deutschen Militärzeitschrift». Als Referent sprach er bei der Rudolf Hess Gesellschaft, den «Kärntner Kulturtagen» des Kulturwerks Österreich sowie der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft in Hamburg. Mehrmals ist er als Kritiker der so genannten Wehrmachtssausstellung in Erscheinung getreten.

Am Ende der Tagung war ein Referat von Pierre Krebs vorgesehen, der Vorsitzender des Kassler Thule-Seminars ist, einer Denkfabrik der so genannten «Neuen Rechten». Im Mai war er bei einem vom NPD-nahen Deutsche Stimme Verlag veranstalteten «Freiheitlichen Kongress» zugange, zuletzt kreuzte er auf dem JN-Europakongress im bayerischen Gremsdorf auf.

In einem auf der Homepage des Thule-Seminars nachlesbaren Interview gibt der gegen das «Judäochristentum», Egalitarismus und Universalismus wetternde Krebs folgendes zum Besten: «Das multirassische Konzept ist also in der Tat Ausdruck einer zutiefst rassenverachtenden, weil rassenvernichtenden Gesellschaft und folglich das schlimmste Verbrechen, das je an allen Völkern der Erde begangen wurde!»

Neben weiteren Rednern tauchte auch Olaf Rose im Tagungsprogramm auf. Der früher bei der Stadt Herne zum Thema Zwangsarbeit forschende Historiker kam im Mai in die Schlagzeilen, als er dort wegen seiner Verbindungen zur rechten Szene seines Postens enthoben wurde. In Erfurt unterrichtete das Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft und «Deutsche Geschichte»-Autor seine Zuhörer über «Die US-amerikanische Besatzungspolitik vom Ersten Kubakrieg bis zum Zweiten Irakkrieg».

Organisator Sudholt hat unterdessen bereits die Planungen für das «Erlebnis Wochenende Geschichte 2004» aufgenommen, das am 25./26. September über die Bühne gehen soll.

Magnus Bosch
Antifaschistische Nachrichten - Nummer 24 / 2003
www.antifaschistische-nachrichten.de

Claus Nordbruch

Nordbruch, Claus (Jahrgang 1961. Bundeswehrleutnant a.D)

Laut eigener Aussage partei- und konfessionslos, in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich aufgewachsen, vier Jahre Bundeswehrdienst, 1986 Auswanderung nach Südafrika. Er läßt sich in Pretoria nieder, studiert an der University of South Africa (UNISA) "Germanistik, Kriminologie, Geschichte und Biologie" und schließt das Studium 1995 mit der Promotion zum "Dr. phil. et litt." ab. Für diese Dissertation zeichnete die Bonner "Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" (OKR) ihn 1998 mit ihrem zweijährlich zu vergebenden Wissenschaftspreis aus. Mit dem Preis sollen Dissertationen gewürdigt werden, die sich mit "Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete und ihrer deutschen Bevölkerung innerhalb und ausserhalb der alten Reichsgrenzen von 1937 und der deutschen Siedlungsgebiete" auseinandersetzen. Die Preisreden hielten der Stiftungspräsident Herbert Hupka (CDU), der Bonner Uni-Rektor Klaus Borchard und der emeritierte Mainzer Soziologe Wilfried Schlu, Vorsitzender der Sektion Wissenschaft und Bildung der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, sowie gelegentlicher Autor in den Zeitschriften Aula und Criticon. Noch im Jahr 2000 wird die Stiftung mit Bundesmitteln in Höhe von 1,41 Millionen Mark gefördert. 2001 überreicht ihm Gerhard Frey den mit 10.000 DM dotierten Freiheitspreis der Deutschen National-Zeitung.

Als Tätigkeiten nennt Nordbruch: "Privatdozent, Referent, Journalist und vor allem [...] Autor von Fach- und Sachbüchern". Sein entscheidender publizistischer Durchbruch in der bundesrepublikanischen Szene gelingt ihm mit der Veröffentlichung Sind die Gedanken noch frei?, welche 1998 im Verlag Universitas des Witikonens Herbert Fleissner mit einem Nachwort von Klaus Hornung erscheint. Das Lamentieren über den angeblichen Verlust der Meinungsfreiheit zählt zu dem Standardrepertoire rechtsextremer Publikationen. Die Propagandisten von rechtsextremistischem, antidemokratischem Gedankengut wollen sich so als Opfer einer "Meinungsdiktatur" stilisieren und gleichzeitig gegenüber inhaltlicher Kritik in Sektenmanier immunisieren.

So folgt als Antwort auf die Nennung seines Namens im Verfassungsschutzbericht des Bundes 1998 eine Publikation über den Verfassungsschutz im Hohenrain-Verlag von Wigbert Grabert, ebenfalls seines Zeichens Mitglied des Witiko-Bundes. Hans-Helmuth Knütter schreibt eine wohlwollende Rezension in der Jungen Freiheit (51/99 17. Dezember 1999). Claus Nordbruch ist Mitglied der rassistischen Artgemeinschaft. Gerngesehener Referent ist der Anhänger der Apartheid auch beim rechtsextremistischen "Hilfskomitee Südliches Afrika", das eng mit Nation & Europa zusammenarbeitet. In der Zeitschrift Nation & Europa erscheinen auch mehrere Artikel von ihm. Ferner ist er "ständiger Mitarbeiter" der Deutschen Militärzeitschrift (DMZ). Bei dem 21. Südafrika-Seminar des Hilfskomitees Südliches Afrika 1997 lautete der Titel seines Referats: "Wie realistisch ist der Traum vom Buren-Volksstaat?" Eine wohlwollende Besprechung findet dann auch sein Buch "Ein Nationalstaat für Buren" in der Jungen Freiheit, die darin eine "gut lesbare Untersuchung" sieht, welche auf "außergewöhnliche Weise" die "unaufhaltsame Zersetzung des heutigen Südafrikas" darstelle. Nordbruch plädiere darin als "Alternative zum Chaos" für die "Schaffung eines eigenen Nationalstaates für jedes Volk". 1999 ist er mit einem Beitrag in der Jungen Freiheit vertreten, der sich den gefallenen burischen und europäischen Helden vor 100 Jahren in Südafrika widmet.

Auch der NPD-Publikation Deutsche Stimme steht er als Autor zur Verfügung. Als Referent trat er u.a. bei der als rechtsextrem eingestuften Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) auf. Kontakte unterhält er zu Mechttersheimer "Deutschland-Bewegung". In Ausgabe 9-10/1999 der Mitteilungen der "Deutschland-Bewegung" wird Nordbruch als deren "Verbindungsmann [...] in Südafrika" genannt. Nordbruch ist Anführer einer südafrikanischen Organisation namens "Friends of Freedom of Speech", Kapstadt. Diese Organisation führte am 28. Mai 1997 eine Demonstration vor der deutschen Botschaft "gegen die strafrechtliche Unterdrückung mißliebiger Meinungsäußerungen und Forschungsergebnisse in Deutschland" durch. Die Propagandaaktivitäten aus Südafrika werden im Laufe des Jahres 1999 intensiviert. Wie im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 1999 festgestellt wird, tat sich auch ein "Kampfbund gegen Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Deutschland" in Pamphleten, die er unaufgefordert aus Südafrika versandt hatte, revisionistisch und antisemitisch hervor. 1996 verfasste Nordbruch ein Buch über den südafrikanischen Rechtsterroristen Willem Ratte, den er auch im Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses von Pretoria besuchte. Der Rezensent des Buches "Ein Nationalstaat für Buren" schreibt in Nation & Europa über Claus Nordbruch:

"Der Autor scheut nicht, Partei zu ergreifen, und macht keinen Hehl daraus, daß er nicht an eine Lösung am Verhandlungstisch glaubt; seine Sympathie gilt beherzte(n) Personen, die wie Kommandant Wilhelm Ratte Widerstand zu leisten wagten."

Bereits seit 1997 nutzt Nordbruch die Möglichkeiten des Internet für seine Agitation. Wenig erfreut zeigten sich die Mitglieder einer Mailingliste zum Thema Museumspräsentation, die sich vorwiegend aus Historikern zusammensetzt, als am 19. Nov. 1997 Claus Nordbruch sich für eine "Gastdozentur" resp. "Kulturpolitische Reisebetreuung" (nach Südafrika) "im Rahmen Ihrer Fort- und Weiterbildungsprogramme" anbietet. Als Referenzen für seine Qualifikation bietet er die Kommentare und Besprechungen von dem Schweizer Holocaust-Leugner Dr. Max Wahl an, der jahrelang in dem Pamphlet Der Eidgenoss antisemitische Hetze auf unterstem Niveau verbreitet hatte, desweiteren der Jungen Freiheit, dem Pressedienst "rundy", dem revanchistischen "Freiwilligen", dem Ostpreußenblatt, der Wiener Furche, sowie einiger burischer Rechtsaußenblätter. In seiner Liste der bisher veröffentlichten Beiträge ist auch die deutschsprachige Zeitschrift Der Südafrika-Deutsche genannt, für die er selbst verantwortlich

zeichnet. Inzwischen präsentiert er sich auch auf eigenen Webseiten seiner Agentur "Tiegerpoort Versamelaars", Die Wilgers, Südafrika.

Auch in diversen Online-Gästebüchern im Web ist Nordbruch vertreten, etwa um Literatur "über das Südliche Afrika" anzubieten. 1998 schreibt er für die rechtsextreme Publikation Recht und Wahrheit über "One-World-Imperialismus" (Ausgabe 11/12) und im Journal for Historical Review des Institute for Historical Review (IHR), der führenden Organisation der Holocaustleugner (Vol 18 number 4, S.36).

Am 1. April 1999 tritt Nordbruch auf einer Veranstaltung der Neonazi-Kameradschaft "Fränkischer Heimatschutz" auf, die diese gemeinsam mit der NPD/JN in Weitramsdorf, Landkreis Coburg, durchführt. Am 14. September 1999 spricht er im "Großraum Jena" bei dem neonazistischen "Thüringer Heimatschutz".

Im Juni 1999 gelingt dem bislang nur in rechtsextremen Publikationsorganen vertretenen Schreiber ein überraschender Coup, als die überaus renommierte Schweizer Tageszeitung "Neue Zürcher Zeitung" ihn mit einem Artikel über die angebliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Deutschland zu Wort kommen läßt (NZZ 12./13.6.99). Der Landesverband Sachsen des Bundes der Vertriebenen hingegen sprach etwa zur gleichen Zeit ein Hausverbot gegen die "Landsmannschaft Ostpreußen" und die "Junge Landsmannschaft Ostpreußen" aus, weil diese gemeinsam mit Nordbruch Veranstaltungen in ihren Räumlichkeiten durchgeführt hatten. Den gleichen Artikel kann Nordbruch auch noch in der rechtsextremistischen Zeitschrift Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG) unterbringen (2/99).

Im darauffolgenden Jahr ist Nordbruch in dem deutschsprachigen Skinhead-Fanzine "Blood & Honour" der zwischenzeitlich verbotenen gleichnamigen Neonazi-Organisation mit einem Interview vertreten. In diesem Interview lädt er nicht nur die "Kameraden" auf seine Farm in Südafrika ein, sondern gibt ihnen auch Nachhilfe in Waffenkunde:

"Zur Verteidigung und zum Nahkampf empfehle ich eine 12er Repetierschrotflinte, den Colt Python 357 Magnum, die Heckler & Koch MP 5. Für die Jagd hat sich ein halbautomatischer Karabiner 308 oder 30.06 bewährt und wenn's ganz massiv kommt, ist das Sturmgewehr R 5 überaus nützlich."

Zum Schluss ruft Nordbruch den Glatzköpfen im so genannten "Rassenkrieg" zu: "Am Ende steht der Sieg!" (Blood & Honour 9/2000)

Nach eigener Aussage arbeitet er im Jahre 2000 an einer "Auftragsarbeit" zur "Frage der Wiedergutmachung an deutschen Kriegsgefangenen, die u.a. in der Sowjetunion, in Frankreich und Großbritannien jahrelang Zwangsarbeit verrichteten". Dazu ersucht er verschiedentlich Teilnehmer in Webforen um Mithilfe, so etwa im Forum der Website schlesien.de am 4. März 2000. Diese "Auftragsarbeit" erscheint unter dem Titel "Der deutsche Aderlass" bei Grabert, auszugsweise auch bei den "Vierteljahresheften für freie Geschichtsforschung (VffG)" der VHO.

Im Jahr 2000 tourt er wieder quer durch die Republik. Im Mai referiert er bei einer Veranstaltung der Evangelischen Notgemeinschaft in Frankfurt zum Thema "Meinungsfreiheit in Deutschland. Am 8.9. wartet er bei einer Veranstaltung der NPD im niederbayerischen Deggendorf auf und trägt die Thesen aus seinem neuesten Buch "Der Verfassungsschutz. Organisation, Spitzel, Skandale" vor. Das selbe Referat hält Nordbruch beim Signal-Pressesfest 2000 in Neustadt-Glewe. Im selben Monat tritt er auch in Österreich auf: Am 11.9.2000 hatte ihn der Neue Klub erneut zu einem Vortragsabend in das Vertriebenen-Zentrum "Haus der Heimat" eingeladen, am 13. sprach er bei der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP). Szeneinternen Informationen zufolge bietet im Juli 2001 eine Mitarbeiterin seines Büros in Südafrika Vorträge Nordbruchs zu den Themen "Meinungsfreiheit", "Verfassungsschutz" oder "Wiedergutmachung für Deutschland" an. Der umtriebige Referent will im September und Oktober erneut die bundesdeutsche und österreichische Szene ideologisch aufrüsten. Thorsten Thomsen kündigt am 9. August 2001 im Web-Forum des Konservativen Gesprächskreises Hannover (KGH) Nordbruch für den 16. Oktober bei der rechten Splitterpartei Deutsche Partei an. Im Sommer 2001 moderierte Claus Nordbruch eine Vortragsveranstaltung des notorischen Holocaustleugners Manfred Roeder, die auf Einladung von Anton Hart in Pretoria, Südafrika, stattfand.

Seit Ende 1997 will Nordbruch so "etwa 100 Veranstaltungen und Interviews im Rundfunk in der BRD und in Österreich sowie in Flandern, Süd- und Südwestafrika durchgeführt" haben.

Der Wiener Korporationsring (WKR) hat gemeinsam mit der FPÖ-nahen Studierendenfraktion "Ring Freiheitlicher Studenten" eine Podiumsveranstaltung zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 2002 unter dem Motto "Selbstachtung statt Selbsthass - Neuer Umgang mit der Zeitgeschichte" angekündigt, an der neben Vertretern der FPÖ wie Ewald Stadler auch Claus Nordbruch teilnehmen soll. Die "Burschen" kündigen an, den als Tag der "totalen Niederlage" begehnen zu wollen. Die Veranstaltung war zunächst von der Universität Wien genehmigt worden, nach Bekanntwerden näherer Einzelheiten bezüglich der Referenten wurde der Vertrag durch den Rektor gekündigt. Arnulf Helperstorfer, der Vorsitzende des RFS, verteidigt in einem Interview die Entscheidung, Nordbruch als Referenten zu laden. Nordbruch vertrete "ein Geschichtsbild, das vielleicht nicht von allen Historikern getragen wird." Man wolle "einzig eine Diskussion im Sinne der Meinungsfreiheit" abhalten. Nordbruchs "politische Gegner", so Helperstorfer, könnten bei der Veranstaltung Nordbruchs Thesen widerlegen. Der WKR will ein Totengedenken mit Kranzniederlegung am Heldenplatz durchführen. Als Folge der öffentlichen Debatte um derlei burschenschaftliche Auftritte haben die freiheitlichen Korporationen die Plattform "SOS Grundrechte und Demokratie" gegründet. Im Dezember 2003 nimmt Nordbruch unverzüglich das Angebot des Holocaustleugners Gernar Rudolf an, als Provider Webseiten für die "revisionistische und patriotische Gemeinde" hosten zu wollen. Die Nordbruch-Website wird seither von Rudolf ins Internet gebracht.

Der Traum vom Buren-Volksstaat

Der Ostdeutsche Kulturrat belohnt den radikalen Revanchisten und Apartheids-Befürworter Claus Nordbruch für seine schriftstellerischen Leistungen

Claus Nordbruch aus Südafrika kann sich glücklich schätzen. Seit 1986 verleiht die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat (OKR) zweijährlich einen Wissenschaftspreis für Dissertationen, um damit Arbeiten zu würdigen, die sich mit "Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete und ihrer deutschen Bevölkerung innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen von 1937 und der deutschen Siedlungsgebiete" auseinandersetzen.

In diesem Jahr nun geht einer der Preise an den Herrn aus dem ehemaligen Apartheidsstaat. Das Thema seiner Arbeit, die 1996 im Olms Verlag veröffentlicht wurde: "Über die Pflicht. Eine Analyse des Werks von Siegfried Lenz. Versuch über ein deutsches Phänomen." Darin arbeitet Nordbruch, so das Organ des Bundes der Vertriebenen, BdV, Deutscher Ostdienst, erstmals "die Vielschichtigkeit des Pflichtbegriffes" und die "Handlungsweise der Personen bei Lenz" heraus. Und das neofaschistische Theorieblatt Nation & Europa (NE) sekundiert, daß "sich der gemeinhin als links geltende Literat durchaus differenziert mit dem Pflicht-Phänomen auseinandergesetzt" habe.

Claus Nordbruch macht sich jedoch nicht nur über den Pflichtbegriff bei Lenz seine Gedanken. So mokiert er sich zum Beispiel in einem Artikel in der NE- Februar-Ausgabe dieses Jahres über "Bibliotheken-Säuberungen", die darin bestünden, daß "ost- und sudetendeutsche Ortsnamen" in den Schlagwortkatalogen von wissenschaftlichen Bibliotheken einheitlich in den aktuell gültigen Bezeichnungen der jeweiligen Landessprache wiedergegeben werden sollen, anstatt in alter großdeutscher Bezeichnung. Per Kleinanzeige in Europa Vorn suchte Nordbruch Ende des vergangenen Jahres nach Autoren, die sich an einer Anthologie beteiligen wollen, die "sich mit den Motiven der Deutschen befaßt, sich dem Christentum abzuwenden", wobei das "vermehrt zu vernehmende Bekenntnis" zu "Atheismus und germanischer Mythologie" eine ebenso entscheidende Rolle spiele wie die "Zuwendung zu fernöstlichen Religionen".

Im Eckartboten der deutschtümelnden Österreichischen Landsmannschaft wendet sich der OKR-Preisträger in der März-Nummer 1998 gegen die Legalisierung der Abtreibung in Südafrika, wo sich Nelson Mandela über den "Willen der Völker" hinwegsetze und den "typischen schwarzafrikanischen Chaosstaat" vorbereite. Das langfristige Ziel der Republik Südafrika, in der nach Nordbruchs Meinung sämtliche einflußreichen Posten in Staat und Wirtschaft von Kommunisten besetzt sind, sei "die totale Umerziehung eines Volkes, auf daß es nie wieder wagen möge, seine Rechte, wie beispielsweise das auf Selbstbestimmung, zu fordern". Dies ließ er im vergangenen September auch die Teilnehmer des 21. Südafrika-Seminars des Hilfskomitees Südliches Afrika wissen. Dort referierte er über die Frage "Wie realistisch ist der Traum vom Buren-Volksstaat?"

Nordbruchs Werk "Ein Nationalstaat für Buren" stößt denn auch auf großes Wohlwollen. Das Buch sei, so war einer Werbeanzeige in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung Junge Freiheit zu entnehmen, eine "gut lesbare Untersuchung". Auf "außergewöhnliche Weise" werde sowohl die "unaufhaltsame Zersetzung des heutigen Südafrikas" dargestellt als auch der für Südafrika "einzig mögliche Weg zum Frieden" aufgezeigt. Und der bestehe in der "Auflösung des südafrikanischen Einheitsstaates bei gleichzeitiger Schaffung ethnischer autonomer Staaten". Die "Alternative zum Chaos" sei die "Schaffung eines eigenen Nationalstaates für jedes Volk". Der Verfasser lege die "verschiedenen Vorstellungen bezüglich eines Burenstaates" dar.

Mit diesen völkisch-separatistischen Vorstellungen dürfte Nordbruch bei den selbsternannten deutschen Vertriebenen offene Türen einrennen. Hat man sich doch auch in diesen Kreisen inzwischen von großdeutschen Konzepten zugunsten neuer Modelle verabschiedet: Die aktuelle Strategie deutscher Politik ist die des völkischen Partikularismus. Dieser geht erstens davon aus, daß es Volksgruppen gibt, die völkisch, rassistisch oder kulturell bestimmt über eine gemeinsame Identität verfügen; die zweitens in einer jahrhundertelangen und damit als natürlich und unabänderbar betrachteten Tradition und Geschichte stehen; die drittens schützens- oder wiederbelebenswert sind und viertens in der Ausübung ihres so verstandenen Rechtes auf Selbstbestimmung behindert werden. Der völkische Partikularismus ist dabei mit dem semantisch um den negativen Begriff der Rasse bereinigten "Ethnopluralismus" der "Neuen Rechten" durchaus kompatibel.

Doch nicht nur Nordbruch, auch die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat weist hier den rechten Weg. Neben der Zeitschrift Kulturpolitische Korrespondenz, deren verantwortlicher Redakteur Jörg Bernhard Bilke nebenbei gern für die Junge Freiheit zur Feder greift, gibt zusammen mit der Düsseldorfer Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus auch die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift Der gemeinsame Weg heraus. Im Gerhart-Hauptmann-Haus (früher: "Haus des Deutschen Ostens") traten im vergangenen Jahr Alfred Mechttersheimer und der Nationalrevolutionär und Vordenker der "Neuen Rechten", Henning Eichberg, als Referenten an. Am 24. April 1998 wird der Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland dort seinen Landesparteitag für NRW abhalten.

Vom Bund der Vertriebenen wird das Gerhart-Hauptmann-Haus als Einrichtung "zur Erhaltung, Fortentwicklung und Erforschung" des "Erbes und der Leistungen" der "Vertriebenen" gepriesen; die Stiftung Ostdeutscher Kulturrat erhält in diesem Jahr mehr als eine Million Mark aus dem Bundeshaushalt. Die Preisübergabe an die auserwählten Träger des OKR-Wissenschaftspreises findet am 6. Mai im Festsaal der Universität Bonn statt.

Samuel Salzborn
Jungle World, 3. April 1998

»Deutscher Kongreß der GFP«

Gera. Vom 24. bis 26. April führt die »Gesellschaft für Freie Publizistik e.V.« ihren jährlichen Kongreß im Dorint Hotel durch. Die Anreisenden werden dazu angehalten, niemandem den Tagungsort mitzuteilen - denn Proteste im Vorfeld führen schon mal zum Verlust der Tagungsstätte. Thema des »Deutschen Kongresses«: »Mut zur Freiheit. 1848 - 1998: 150 Jahre Kampf um Selbstbestimmung und Einheit«. Als Redner sind vorgesehen: Dr. Otto Scrinzi: Deutsche Freiheit in Österreich diesseits von rechts und links, Reinhard Uhle-Wettler: Deutschland im Europa der Vaterländer, Dr. Felix Buck: Die Bundesrepublik Deutschland und ihr Staatsvolk, Dr. Dr. Thor von Waldstein: Das Geld, die Macht und das Elend der politischen Klasse. Anmerkungen zur Lebenserwartung des Kapitalismus in Deutschland, Dr. Claus Nordbruch: Sind die Gedanken noch frei?, Prof. Dr. Hans-Herbert Knütter: Der Antifaschismus als politisches Kampfmittel der Linken im Wahljahr 1998 - und was dagegen zu tun ist, Dr. Vw. Karl Baßler: Der Geist der deutschen Freiheit, Harald Neubauer: Die tägliche Gehirnwäsche. Medien - Meinungen - Manipulationen. Das alles verteilt auf drei Tage, unterbrochen von Rinderroulade mit Rotkohl, Rotbarschfilet mit Buttererbsen u.ä., ganz nach Wahl. Die GFP wurde 1960 unter der Führung des ehemaligen stellvertretenden Reichspressechefs der NSDAP, Helmut Sündermann, gegründet. Mit ihren jährlichen Kongressen stellt sie einen zwar kleinen, doch wichtigen Umschlagplatz für rechtsextreme Strategiediskussionen zur Verfügung (Handbuch deutscher Rechtsextremismus).

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 09 / 1998

Gemeinsam gefeiert

Die »Stiftung Ostdeutscher Kulturrat« (OKR) hat am 6. Mai ihren Wissenschaftspreis für Dissertationen in den Räumlichkeiten der Universität Bonn verliehen. Bei der Feierlichkeit war neben Stiftungspräsident Herbert Hupka, der jüngst in seinem Amt als Vorsitzender der »Landsmannschaft Schlesien« bestätigt wurde, auch die neugewählte Präsidentin des »Bundes der Vertriebenen« (BdV), Erika Steinbach (CDU-MdB) anwesend.

Die 1950 gegründete Stiftung würdigt mit ihrem Preis Arbeiten, die sich mit »Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete und ihrer deutschen Bevölkerung innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen von 1937 und der deutschen Siedlungsgebiete« auseinandersetzen. Einer der Preise ging in diesem Jahr an Dr. Claus Nordbruch aus Südafrika. Das Thema seiner Arbeit, die 1996 im Olms Verlag veröffentlicht wurde: »Über die Pflicht. Eine Analyse des Werks von Siegfried Lenz. Versuch über ein deutsches Phänomen.« Darin arbeitet Nordbruch, so das BdV-Organ »Deutscher Ostdienst«, erstmals »die Vielschichtigkeit des Pflichtbegriffes« und die »Handlungsweise der Personen bei Lenz« heraus. Und das neofaschistische Theorieblatt »Nation & Europa« (NE) sekundiert in einer Rezension der Nordbruch-Schrift, daß »sich der gemeinhin als links geltende Literat durchaus differenziert mit dem Pflicht-Phänomen auseinandergesetzt« habe.

Claus Nordbruch wiederum setzt sich noch mit anderem auseinander, als nur mit dem Pflichtbegriff bei Lenz. So mokiert er sich zum Beispiel in einem Artikel in der NE-Februar-Ausgabe dieses Jahres über »Bibliotheken-Säuberungen«, die darin bestünden, daß »ost- und sudetendeutsche Ortsnamen« in den Schlagwortkatalogen von wissenschaftlichen Bibliotheken einheitlich in den aktuell gültigen Bezeichnungen der jeweiligen Landessprache wiedergegeben werden sollen, anstatt in alter großdeutscher Bezeichnung. Per Kleinanzeige in »Europa Vorn« suchte Nordbruch Ende des vergangenen Jahres nach Autoren, die sich an einer Anthologie beteiligen wollen, die »sich mit den Motiven der Deutschen befaßt, sich dem Christentum abzuwenden«, wobei das »vermehrt zu vernehmende Bekenntnis« zu »Atheismus und germanischer Mythologie« eine ebenso entscheidende Rolle spiele, wie die »Zuwendung zu fernöstlichen Religionen«.

Im »Eckartboten« der deutschtümelnden »Österreichischen Landsmannschaft« wendet sich der OKR-Preisträger in der März-Nummer 1998 gegen die Legalisierung der Abtreibung in Südafrika, wo sich Nelson Mandela über den »Willen der Völker« hinwegsetze und den »typischen schwarzafrikanischen Chaosstaat« vorbereite. Das langfristige Ziel der Republik Südafrika, in der »sämtliche einflußreichen Posten in Staat und Wirtschaft« von Kommunisten besetzt seien, sei, so Nordbruch, »die totale Umerziehung eines Volkes, auf daß es nie wieder wagen möge, seine Rechte, wie z.B. das auf Selbstbestimmung, zu fordern«. Dieses Volk, die »Buren«, sei der Gefahr der »Einimpfung eines Schuldkomplexes« und der »Garantie auf eine Knechtschaft von Generationen« unter dem Motto »Kuschen und zahlen« ausgesetzt. Das Buch »Ein Nationalstaat für Buren«, so war einer Werbeanzeige in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung »Junge Freiheit« zu entnehmen, sei eine »gut lesbare Untersuchung«. Auf »außergewöhnliche Weise« werde sowohl die »unaufhaltsame Zersetzung des heutigen Südafrikas« dargestellt, als auch der für Südafrika »einzig mögliche Weg zum Frieden« aufgezeigt. Und der bestünde in der »Auflösung des südafrikanischen Einheitsstaates bei gleichzeitiger Schaffung ethnischer autonomer Staaten«. Die »Alternative zum Chaos« bestehe in der »Schaffung eines eigenen Nationalstaates für jedes Volk«. Der Verfasser, so heißt es in der Anzeige, lege die »verschiedenen Vorstellungen bezüglich eines Burenstaates« dar. Der Verfasser des Buches heißt selbstverständlich Claus Nordbruch. Im vergangenen September referierte der OKR-Preisträger denn auch beim 21. Südafrika-Seminars des »Hilfskomitees Südliches Afrika«. Sein Thema dort: »Wie realistisch ist der Traum vom Buren-Volksstaat?« In der Mai-Ausgabe von »Nation & Europa« macht sich Nordbruch wiederum auf die Suche nach einem »Mann bzw. Pärchen« aus dem NE-Umfeld, der bzw. die Lust haben, »einige Wochen im Juli und/oder August auf einer Fram zu arbeiten« - in Südafrika.

Doch nicht nur Nordbruch, auch die »Stiftung Ostdeutscher Kulturrat« weist den rechten Weg. Neben der Zeitschrift »Kulturpolitische Korrespondenz«, deren verantwortlicher Redakteur Jörg Bernhard Bilke nebenbei gern für die »Junge Freiheit« zur Feder greift, gibt zusammen mit der Düsseldorfer »Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus« auch die vierteljährlich erscheinende Zeitschrift »Der gemeinsame Weg« heraus. Im »Gerhart-Hauptmann-Haus« (früher: »Haus des Deutschen Ostens«) traten im vergangenen Jahr unter anderem Alfred Mechtersheimer und der Nationalrevolutionär und Vordenker der »Neuen Rechten«, Henning Eichberg, als Referenten an. Vom »Bund der Vertriebenen« wird das »Gerhart-Hauptmann-Haus« als Einrichtung »zur Erhaltung, Fortentwicklung und Erforschung« des »Erbes und der Leistungen« der »Vertriebenen« gepriesen.

Die »Stiftung Ostdeutscher Kulturrat« erhält in diesem Jahr mehr als eine Million Mark aus dem Bundeshaushalt. Die bündnisgrüne Abgeordnete Annelie Buntenbach, die in der 234. Sitzung des Bundestages am 6. Mai in einer Fragestunde Auskunft zu den Umtrieben des OKR-Preisträgers erhalten wollte, wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär Eduard Lintner, selbst aktiv in der »Sudetendeutschen Landsmannschaft« (SL), abgeblockt: Die Bundesregierung sehe »keinen Anlaß zu Konsequenzen hinsichtlich der Förderung der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat«. Damit ist alles gesagt.

Die Preisverleihung in den Räumen der Bonner Universität wurde dann konsequenterweise von einem massiven Polizeiaufgebot »geschützt« - Antifaschistinnen und Antifaschisten hatten gemeinsam mit dem Bonner Studierendenparlament zu Protestaktionen aufgerufen. Ein Sprecher der »Antifaschistischen Liste« betonte, daß es ein Skandal sei, daß »der oberste Repräsentant dieser Hochschule Revanchisten und Rassisten Raum bietet«. So konnten sie immerhin ungestört gemeinsam feiern.

Salzborn, Samuel

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 11 / 1998

»HSA«-Seminar in Coburg

Coburg. Ihr mittlerweile 22. Südafrika-Seminar führt das »Hilfskomitee Südliches Afrika« (HSA) am 12./13. September in Coburg durch. Gegründet wurde das HSA 1976 »zur Verteidigung des Lebens- und Heimatrechtes der Weißen im südlichen Afrika« und zur publizistischen Unterstützung der rassistischen Apartheids-Politik in Süd(west)afrika. Dabei arbeitet das HSA eng mit den Verfechtern der Apartheid-Politik aus dem südlichen Afrika zusammen. Als Referenten werden diesmal angekündigt: Henk van de Graaf von der »Konservativen Partei« Südafrikas und Chefredakteur des Organs »Patriot«, Dr. Stephan Maninger, Autor in der »Jungen Freiheit« und Mitarbeiter des südafrikanischen Parlaments, der im damaligen Südwestafrika aufgewachsene Marco Nünemann, der mittlerweile der Partei »Die Republikaner« beigetreten ist, Hermann Mietz vom »Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen«, der heute in Südafrika lebende Ex-Leutnant der Bundeswehr, Claus Nordbruch, u.a. Autor im neofaschistischen Theorieorgan »Nation & Europa«, der kürzlich von der überwiegend aus Bundesmitteln finanzierten »Stiftung Ostdeutscher Kulturrat« mit einem Preis geehrt wurde, sowie Alfred Mechtersheimer von der nationalistischen »Deutschland-Bewegung«.

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 19 / 1998

„Meinungsdiktatur“

Rechtsextreme Autoren versuchen mit zweifelhaften Methoden, sich als Opfer von angeblichen staatlichen Willkürmaßnahmen darzustellen.

„Ist man mit diesem Totschlagargument als Fa-schist, Rassist oder Sexist erfolgreich verunglimpft worden, wird man zum Aussätzigen degradiert, dem keine Gelegenheit mehr geboten wird, seinen Standpunkt darzustellen. Das Fatale an der Political Correctness ist, daß manche Auseinandersetzungen und Diskussionen von vornherein nicht oder nur in Form einer Diffamierungskampagne oder eines Schauprozesses stattfinden können. Die-ses verordnete Denkverbot führt schließlich zur Verkümmern der Geistesfreiheit im ehemaligen Land der Denker. Politische Korrektheit erweist sich möglicherweise als Instrument der geistigen Gleichschaltung und stellt in der modernen Kulturgeschichte einen außergewöhnlichen Präzedenzfall zensorischer Manipulation im Prozeß der politischen Willensbildung dar.“ In welch einem Publikationsorgan findet sich wohl eine solche Beschreibung der angeblichen Lage der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland? In einer rechtsextremistischen Zeitschrift wie „Deutsch-land in Geschichte und Gegenwart“ oder einem seriösen Blatt wie der „Neuen Zürcher Zeitung“? Die Antwort lautet: in beiden! (DGG Nr. 2/99, NZZ vom 12./13.6.99). Autor der Beiträge oder besser des Beitrags ist der in Pretoria lebende promovierte Germanist Claus Nordbruch. Er schreibt in rechtsextremen Schriften wie dem erwähnten „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ oder in „Nation&Europa“, seine Bücher erscheinen im „Hohenrain-Verlag“ oder der „Verlagsgesellschaft Berg“.

Themenschwerpunkt in jüngster Zeit war für Nordbruch die angebliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit und das behauptete Vorhandensein einer Zensur in Deutschland. Damit bewegt er sich formal wie inhaltlich im Kontext einer publizistischen

Kampagne von rechtsextremistischen Autoren. Mit Schlagworten wie „DDR light“, „Gesinnungsdiktatur“ oder „Zensur-System“ wird von diesen die öffentliche Kritik an Rechtsextremisten und das Vorgehen des demokratischen Rechtsstaats gegen sie mit dem Wirken von diktatorischen Systemen gegen unliebsame Oppositionelle gleichgesetzt. Exemplarisch für einen solchen Diskurs stehen Buchtitel wie „Die Pervertierung der Meinungsfreiheit. Der Schleichweg in die Meinungsdiktatur“ (Gerhard Detlefs), „Unterdrückung und Verfolgung deutscher Patrioten. Gesinnungsdiktatur in Deutschland?“ (Rolf-Josef Eibicht), „Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland“ (Claus Nordbruch) oder „Die Meinungsdiktatur. Wie 'demokratische' Zensoren die Freiheit be-schneiden“ (Jürgen Schwab).

Typisch für diese Veröffentlichungen ist die ständige bewußte Vermischung von öffentlicher Kritik an und Verbotsmaßnahmen gegen Rechtsextremisten, womit der Eindruck von einem bestehenden Überwachungsstaat erweckt werden soll. Dabei wird die mitunter tatsächlich vorkommende über-spannte Etikettierung und Kritik an Äußerungen zu Themen wie Ausländerpolitik oder NS-Vergangenheit durch einige wenige Autoren mit der seriösen journalistischen und wissenschaftlichen Arbeit zum Rechtsextremismus ebenso gleichgesetzt wie mit den rechtsstaatlich legitimierten Beschlagnahmungen und Indizierungen von volksverhetzender Literatur oder Verboten von Aufmärschen und Organisationen des neonazistischen Lagers.

Damit soll das Handeln des demokratischen Verfassungsstaates als Ausdruck autoritärer und un-demokratischer Herrschaft diffamiert und seine rechtsstaatliche Legitimität in Frage gestellt werden. Das eigene rechtsextremistische Lager wird als Opfer von Willkürmaßnahmen gegen die Meinungsfreiheit beschrieben. Es soll einerseits über die damit zusammenhängende Bedrohung intern gebündelt werden, andererseits aber will man auch außerhalb des eigenen politischen Spektrums Aufmerksamkeit, Sympathie und Unterstützung für sich mobilisieren. Unter dem Vorwand, daß politische Meinungsäußerungen und wissenschaftliches Arbeiten behindert oder gar verboten würden, bemühen sich rechtsextremistische Publizisten denn auch - häufig unter bewußter Verschleierung ihrer politischen Positionen - gezielt darum, demokratische Personen oder Publikationsorgane in entsprechende Kampagnen einzubeziehen, um eine breitere öffentliche Wirkung zu entfalten. Und schließlich dient die „Meinungsdiktatur“-Kampagne der Immunisierung vor jeglicher inhaltlicher Kritik, wird diese doch als Ausdruck einer Auffassung von „Gesinnungsdiktatur“ oder der „political correctness“ hingestellt, womit sich jeder Auseinandersetzung per se erübrigt. Innerhalb des rechtsextremistischen Lagers schottet man sich mit dem ständigen Hinweis auf eine angebliche „Meinungsdiktatur“ vor einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Kritik ab und sieht entsprechend hinter jeder unliebsamen Äußerung das Wirken der „Political Correctness“.

Beachtenwert ist allerdings noch eine andere bereits erwähnte Vorgehensweise bei diesem „Meinungsdiktatur“-Diskurs: die bewußte Täuschung der Öffentlichkeit über den politischen Hintergrund entsprechender Behauptungen. So veröffentlichte die rechtsextreme Gesellschaft für Freie Publizistik in ihrem Mitteilungsblatt „Freies Forum“ (Nr. 2/1996) eine „Erklärung zur Presse- und Meinungsfreiheit“, die auf ihrer Jahreshauptversammlung am 19. April 1996 verabschiedet worden sein soll. Darin wurde der bundesdeutschen Justiz vor-geworfen, gegen die Vertreter kritischer Meinungen zur Zeitgeschichte vorzugehen und die Forschungs-, Lehr- und Meinungsfreiheit einzuschränken. Am 17. Mai erschien als Anzeige in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein textgleicher „Appell der 100 - die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!“. Unterzeichner waren eine Reihe - allerdings weniger bedeutsamer - Akademiker und Publizisten, wobei der Entstehungshintergrund des Appells ebenso verschwiegen wurde wie die Rol-le der Gesellschaft für freie Publizistik. Der Öffentlichkeit sollte der Eindruck vermittelt werden, hier äußerten sich besorgte Bürger über bedenkliche Entwicklungen in Deutschland. Gleichzeitig wurde in dem Appell suggeriert, das freie Arbeiten seriöser Historiker sei in Gefahr. Bei den betroffenen Autoren handelte es sich allerdings um bekannte Revisionisten, worunter die Anhänger der moralischen Aufwertung des Hitler-Regimes durch die Leugnung der Kriegsschuld oder des Holocaust verstanden werden.

Es ging und geht bei diesbezüglicher Kritik eben nicht um die Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit, das Anliegen dieser Publizisten ist auch nicht wissenschaftlicher, sondern politischer Natur. Diesen Aspekt versucht Nordbruch in seinem oben erwähnten Artikel zu verschleiern. Er geht davon aus, daß Revisionismus im wissenschaftlichen Sinne die Korrektur einer Auffassung durch neu gewonnene Erkenntnisse meine. Von daher haben sich etwa innerhalb der Geschichtswissenschaft eine Reihe von sogenannten „revisionistischen Schulen“ herausgebildet, wie etwa in den USA die Anhänger eines kritischen Geschichtsbildes vom eigenen Land oder Osteuropaforscher mit ihrer Fixierung auf einen „Stalinismus von unten“. Man mag zu diesen Auffassungen stehen wie man will. Sie bewegen sich aber formal und inhaltlich in einer wissenschaftlichen Diskussion, was eben von den „Revisionisten“ nicht gesagt werden kann. Ihnen geht es aus politischen Gründen um eine Umdeutung der jüngsten deutschen Zeitgeschichte zugunsten einer moralischen Aufwertung des Nationalsozialismus. Dabei bedienen sich die Protagonisten gerade nicht wissenschaftlicher Methoden, interpretieren sie doch Sachverhalte einseitig, zitierten selektiv Quellen oder stützen sich auf zweifelhafte „Gutachten“. Auch Nordbruch selbst arbeitet - für einen kritischen Leser übrigens leicht erkennbar - mit ähnlichen Methoden, indem er Aussagen von anderen verzerrt wiedergibt, ihnen eine gar nicht gemeinte Bewertung unterstellt und dann noch nicht einmal schlüssig kommentiert. Verwunderlich, daß man bei der NZZ auf so etwas hereinfällt.

Blick nach rechts - Ausgabe 15/1999

Allianzen

Immer mehr zur Allzweckwaffe in den Kreisen der extremen Rechten und des Kommunikationsbereichs zwischen dieser und dem Konservatismus entwickelt sich der Südafrikaner Claus Nordbruch. Besonders beliebt dabei sind die Themen seiner letzten Bücher. Das eine, über »Zensur in Deutschland«, ist erschienen im Verlagsimperium des Witiko-Mitglieds Herbert Fleissner, das andere, über den »Verfassungsschutz«, im Hohenrain-Verlag des Witikomitglieds Wigbert Grabert.

Eine Veranstaltung in Dresden zu letztgenanntem Werk wurde gemeinsam von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen und dem rassistischen Hilfskomitee Südliches Afrika durchgeführt, unterstützt vom Regionalsprecher der Deutschland-Bewegung. Zum gleichen Thema spricht Nordbruch am 14. September im »Großraum Jena« bei neonazistischen Thüringer Heimatschutz. Eigentlich unverständlich, daß sich die militanten Neonazis, die erfolgreich den Landesverband der NPD durchsetzen haben, für den »Verfassungsschutz« interessieren. Haben sie es doch lediglich mit dem zuständigen Landesamt in Erfurt zu tun, dessen Sehschwäche auf dem rechten Auge notorisch ist. Zum Thema »Zensur« ist der Autor wenige Tage später, am 23.9., in Stuttgart beim dortigen Cannstatter Kreis aktiv. Diese Gruppe hatte einst als Rechtsausleger der FDP begonnen und ist mehr und mehr ins Lager der extremen Rechten abgedriftet.

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 19 / 1999

Nordbruch bei der ENiD

Frankfurt/Main/Markersbach. Die Frankfurter Gruppe der am rechten Rand der evangelischen Kirche beheimateten »Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland« (ENiD) beabsichtigt am Donnerstag, den 4. Mai den in Südafrika lebenden Privatdozenten Claus Nordbruch einzuladen. Nordbruch spricht ab 19.30 Uhr im Haus Spohrstraße 41 zum Thema »Meinungsfreiheit in Deutschland«. Der Ex-Bundeswehr-Leutnant griff bislang für so einschlägige Publikationen wie »Nation und Europa«, »Junge Freiheit«, »Ostpreußenblatt« und das NPD-Organ »Deutsche Stimme« zur Feder. Gern gesehener Referent war der 1998 von der »Stiftung Ostdeutscher Kulturrat« mit einem Preis geehrte Nordbruch auch bei der »Gesellschaft für freie Publizistik«, dem »Hilfskomitee Südliches Afrika« und der »Jungen Landsmannschaft Ostpreußen«. Ihre nächste Studentagung führt die ENiD vom 19. bis 21. Mai in Markersbach/Erzgebirge durch. Unter der Überschrift »Entdeckungen mit der Bibel« referieren auf der Tagung u.a. Pfarrer Reinhard Schön (Lübeck), ENiD-Aktivist und Sekretär des »Walter-Künneht-Institutes«, Dr. Ekkehard Wruck, Verfechter eines »christlichen Preußens« und Landtagsabgeordneter in Berlin, der nach innerparteilichen Auseinandersetzungen im Dezember vergangenen Jahres aus der CDU ausgetreten war, Prof. Dr. Martin Petzold (Leipzig), Präsident der »neuen Bachgesellschaft« und Dr. Horst Skonietzki aus Berlin.

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 09 / 2000

Roeder referiert in Südafrika

Schwarzenborn/Südafrika (Pretoria) – Der notorische Holocaustleugner Manfred Roeder aus dem hessischen Schwarzenborn hielt sich unlängst zu einer Vortragsveranstaltung in Pretoria auf. Roeder referierte Eigenangaben zufolge "in einer großen Halle voller Buren". Deutschland, so Roeder, "ist die große Hoffnung" der Buren, "wir sind Vorbild für den Kampf, den sie im eigenen Land führen müssen." Moderiert wurde die Veranstaltung von dem deutschen Rechtsextremisten Claus Nordbruch, der in Südafrika eine Farm bewirtschaftet, auf der auch immer wieder Neonazis aus Deutschland zugegen sind. Gastgeber von Roeder war ein Anton Hart.

Blick nach rechts - Ausgabe 19/2001

Nordbruch in Bad Lauterberg

Bad Lauterberg/Emden. Der »Traditionsverband ehemaliger Schutz- und Überseetruppen/ Freunde der früheren deutschen Schutzgebiete e.V.« führt sein diesjähriges Verbandstreffen wiederum im Bad Lauterberger Kurhaus durch. Wie bereits im vergangenen Jahr soll dort auch wieder der in Südafrika lebende Dr. Claus Nordbruch referieren. Nordbruch, der einen Vortrag über »die Beendigung des Burenkrieges vor 100 Jahren mit Berücksichtigung der deutschen Freiwilligen« halten soll, ist u.a. Autor in der »Deutschen National-Zeitung«, im NPD-Organ »Deutsche Stimme«, der Zeitschrift »Nation und Europa« und der

«Deutschen Militärzeitschrift». Einen Preis der «Stiftung Ostdeutscher Kulturrat» erhielt der ehemalige Bundeswehroffizier ebenso wie den «Freiheitspreis» der «Deutschen National-Zeitung». Grußworte erwarten die Veranstalter in dem «unentgeltlich zur Verfügung» gestellten Kurhaus auch von «Vertretern der Stadt» und «befreundeten Verbänden». Wohnort des Geschäftsführers des «Traditionsverbandes», des Diplom- Kaufmannes Hermann Mietz, ist Emden. Hier hatte Mietz in den 70er Jahren der Bundesführung des «Deutschen Jugendbund» (DJB) angehört, bevor er sich für die «Nationale Jugend Ostfriesland» (NJO) engagierte. In einem Brief vom 12. März 1980 schrieb Mietz u.a.: Die NJO «ist kein Verein, sondern versteht sich als Sammelbecken aller volkstreuen, nationalen Kräfte Ostfrieslands». «In unseren Reihen befinden sich Kameraden des Deutschen Jugendbundes, der Nationalen Pfadfinderschaft, der Wiking-Jugend u.s.w.». Berichtet wird in dem Brief auch über «Geländespiele» und die Teilnahme der Gruppe an der Diksmuide-Feier der flämischen Nationalisten.

Antifaschistische Nachrichten - Nummer 17 / 2002

Klage über das "allerseits gelobte Land"

Der Rechtsextremist Claus Nordbruch beklagt in der aktuellen Ausgabe des "Euro-Kurier" (Grabert-Verlag), das "ebenso demütigende wie arrogante Verhalten" des "allerseits gelobten Landes" (= Israel) und zieht historische Parallelen. "Vergleiche zwischen den Rassendekreten eines Edvard Benesch und den Verbrechen eines Ariel Sharon drängen sich auf. Und die hieraus zu ziehende Schlussfolgerung: Sudetendeutsche und Palästinenser – vertrieben und entrechtet." Ins Visier genommen wird im "Euro-Kurier" auch der Zentralrat der Juden in Deutschland. So stehe das Amt des Zentralratsvorsitzenden "anscheinend sogar über dem Grundgesetz, denn es schränkt die dort gewährleistete Grundfreiheit der Meinungsäußerung offensichtlich entscheidend ein. Es geht also ... um die Aufrechterhaltung der Umerziehung für die neue Generation, um die Weiterverpflichtung der bisherigen Reue- und Sühne-Haltung für die politisch Herrschenden und damit um die Möglichkeit weiterer Erpressbarkeit." Der im 13. Jahrgang erscheinende "Euro-Kurier", über Jahre hinweg ein Werbeblättchen für die Grabert-Presseerzeugnisse, hat sich in den letzten Monaten durch Autoren wie Nordbruch, Rolf Kosiek und Jürgen Schwab zu einem Strategie- und Ideenorgan der extremen Rechten entwickelt.

Blick nach rechts - Ausgabe 14/2002

Meldungen

Tübingen – In der aktuellen Ausgabe der revisionistischen Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG; Grabert-Verlag, Tübingen) ruft der in Südafrika lebende Rechtsextremist Claus Nordbruch auf, das politische System in der Bundesrepublik zu „überwinden“. „Das herrschende System“ müsse als im „Grunde genommen undemokratisch“ entlarvt werden: „Der Parlamentarismus der Berliner Republik ist eben keine Volksherrschaft“, schlussfolgert der Rechtsextremist. Nordbruch weiter: „Gelingt es uns, diesen Umstand den Menschen bewusst zu machen, wird die Zahl der Verteidiger dieses Systems abnehmen und ... der Einfluss der Gegner des herrschenden undemokratischen Systems wachsen.“ Sodann hofft Nordbruch, wird sich unter der Führung der „Besten unseres Volkes“ das Volk „erheben und das herrschende System überwinden“. Nordbruch appelliert schließlich: „Lassen wir diesen Worten endlich auch Taten folgen! Machen wir Geschichte!“

Blick nach rechts - Ausgabe 11/2003

Holocaust-Leugnung

Horst Mahler will im April auf einer internationalen Revisionistenkonferenz in Sacramento/Kalifornien auftreten. Das Adelaide Institute und der European American Culture Council (EACC) laden gemeinsam zu einer international besetzten Revisionistenkonferenz in die kalifornische Hauptstadt Sacramento ein. Die Teilnahme für zwei Konferenztage (24. und 25 April) kostet 35 Dollar pro Person. Dafür kann sich die Liste der Referenten wirklich sehen lassen. Neben dem in Deutschland mit dem Gesetz in Konflikt geratenen Deutsch-Australier Fredrick Toben und dem Chef des einschlägigen Institute for Historical Review (IHR), Mark Weber, ist der omnipräsente Horst Mahler als Stargast und Redner angekündigt.

Auf der Webseite des Adelaide Institutes wird das ehemalige NPD-Mitglied Horst Mahler als einer der letzten Deutschen bezeichnet, die nicht „durch das von den USA verordnete Umerziehungsprogramm gebrochen wurden“. Er sei mutig und „fürchte nicht den Tod“. Als Beweis für Mahlers hohe Moral wird eine E-Mail abgedruckt, in der der Anwalt schreibt: „Und die Wahrheit ist: das Deutsche Reich existiert. Es wird von unseren Feinden unterdrückt. Der Holocaust ist Kriegsführung gegen das Reich und die Deutschen an sich. Wir müssen also kämpfen um zu überleben. In diesem Krieg steht jeder Jude an der Frontlinie des Feindes, um die Auschwitzlüge aufrecht zu erhalten.“ (Übersetzung d. Autors).

Als weitere Redner sollen auf der Konferenz der Holocaust-Leugner auftreten: Paul Fromm aus Kanada, Bradley R. Smith aus den USA, Germar Rudolf; mittlerweile in den USA ansässig, Gerhoch Reisinger aus Österreich, Tomislav Sunic aus Kroatien, Claus Nordbruch aus Südafrika und Peter Wakefield Sault aus England. Sehr interessant ist die Ankündigung eines polnischen Redners: Dariusz Ratajczak. Der Historiker war kürzlich von der Universität Oppeln wegen seiner holocaustleugnenden Aussagen entlassen worden. Als „prominenter Gast“ wird mit dem Kieler Historiker Jürgen Wiegandt ein weiterer Deutscher erwähnt.

Blick nach rechts - Ausgabe 2/2004

Kurzmeldungen

Riesa – In „Mitteldeutschland“ soll vom 21. bis 23. Mai der „2. Freiheitliche Kongress“ des der NPD nahe stehenden Deutsche Stimme-Verlages (Riesa) durchgeführt werden. Als Referenten sind angekündigt: Pierre Krebs (Thule-Seminar), Richard Melisch („Aula“-Autor), Gerhoch Reisinger (Buchautor bei Grabert/Hohenrain), Udo Walendy (NPD-Gründungsmitglied), Otto Scrinzi („Aula“-Herausgeber), Karl Richter („Nation&Europa“-Redakteur), Paul Latussek (ehemals BdV-Vize), Hajo Herrmann, Herbert Schweiger sowie der rechtsextreme Publizist Claus Nordbruch. Den Kulturabend bestreiten die „nationalen Liedermacher“ Jörg Hähnel und Michael Müller.

Blick nach rechts - Ausgabe 6/2004